

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 173 · 15. JAHRGANG · AUSGABE 6/2009 VOM 19. JUNI 2009 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

- 5 | **Eberswalder Fehlplanungen im Kitabereich** | Antwort auf eine Anfrage der Linken
9 | **Eben beschlossen – schon novellierungsbedürftig** | Energieleitungsausbaugesetz (EnLaG)
10 | **Tücken im Kampf um Menschenrechte** | Karl Marx im 21. Jahrhundert (9)

Zur EU-Wahl am 7. Juni 2009:

MACHT FRIEDEN!

Am 7. Juni 2009 wählt EU-ropa. Ein EU-Wahlrecht gibt es allerdings nicht. Die Wahl erfolgt in den einzelnen Mitgliedsstaaten nach jeweiligem nationalen Wahlrecht, mit unterschiedlichem Wahlmodus (Mehrheit/proportional), Wahlkreischnitt und verschiedenen Sperrklauseln. Daher sitzen im EU-Parlament in Strasbourg nebeneinander Abgeordnete, die unterschiedliche Stimmzahlen und Mandatsrechte repräsentieren. Das ändert sich auch bei Wirksamwerden des Lissaboner Vertrages nicht. Vielleicht ist das nicht weiter tragisch, denn in vielen wichtigsten Fragen entscheidet ohnehin nicht das Parlament, sondern der EU-Rat aus Vertretern der Regierungen. In Sicherheitsfragen, bei Militäreinsätzen muß er die Parlamentarier lediglich informieren. Auch das sieht der Lissaboner Vertrag so vor.

Was soll dann die Wahl? Für die bevorstehenden Entscheidungen ist ein Rückblick nützlich. Die letzte Wahl fand im Sommer 2004 statt – fünf Jahre nach dem Jugoslawienkrieg, drei Jahre nach Beginn des Afghanistankrieges, ein Jahr nach dem Angriff auf Irak. In den Metropolen demonstrierte die Friedensbewegung, die großen deutschen Parteien warben daher mit einer Mischung von Nationalismus und Friedensdemagogie: »Europa Friedensmacht im deutschen Interesse« (SPD). Damals führte die »Friedensmacht« Krieg am Hindukusch, und heute sagt man uns, dieser Krieg wird noch lange dauern und fordert von uns »mehr Einsatz«. 2007 feierte die deutsche EU-Präsidentschaft »50 Jahre Frieden in Europa« als Ergebnis der NATO- und EU-Politik. Der Balkan gehört offenbar nicht zu unserem Kontinent.

In einer Werbebroschüre dieser Präsidentschaft¹ wird die EU gelobt. Sie »begünstigt das Wirtschaftswachstum und schafft Arbeitsplätze«, »garantiert Preisstabilität«, »reduziert Telefonkosten«, »schafft Wettbewerb auf dem Strommarkt«, »macht Arzneimittel günstiger«, »hat Billigfliegen erst ermöglicht«, »verhilft europäischen Anliegen zu größerem Einfluß in der Welt«, »ist für die Globalisierung bestens gewappnet.« Das kann man/frau selbst bewerten. Ein Vergleich des 50-jährigen Grundgesetzes mit der EU-Verfassung (deren Entwurf dem Lissaboner Vertrag entspricht) ergibt für Elke Schenk (attac): »Verdünnung der sozialen..., Verstärkung der privaten Eigentums- und Aneignungsrechte«, »Rückschritt gegenüber dem Grundgesetz« und »Systemwechsel«, zu den Rechten des EU-Parlaments: »Verbesserung im Informationsrecht über Vorhaben der EU-Bürokratie



Regierende zum Frieden

ZWINGEN!

», zu Kriegseinsätzen: »Selbstermächtigung europäischer Streitkräfte, ... ohne daß sich diese einer parlamentarischen Kontrolle zu unterziehen hätte«².

So die Problemlage bei der Wahlentscheidung im Juni. Auch für EU-Skeptiker ist Wahlenthaltung keine zweckmäßige Option. Aber es gilt sorgfältig zu unterscheiden, welche Kandidaten eine wirkliche Wende in Struktur, Zielen und Politik der EU wollen, und wer lediglich mit demagogischen Mitteln business as usual propagiert.

ROLF RICHTER, Bündnis für den Frieden Eberswalde

1 – Die Bundesregierung. 50 Argumente für Europa. Potsdam Nov. 2006, EU 2007.de
2 – In: Attac EU-AG Stuttgart und Region (Hrsg.), EU global - fatal? Ergebnisse der Europa-Konferenz Stuttgart, März 2005

Die Luftnummer »Wie ein häßlicher Regentropfen...«

Die Genossen Spezialdemokraten sind doch immer wieder für eine Überraschung gut. Schwankend zwischen klammheimlicher Schadenfreude und aufrichtigem Mitleid nahmen die gemeinten Adressaten – die Wählerschaft des Landes – das jüngste Eigentor der Partei zur Kenntnis. Mit einer alle intellektuellen Maße sprengenden Attacke ging sie gegen die bösen Buben und Innen der Linkspartei vor. Auf fußballtorgroßen Plakaten ließ man den genialen Spruch unterbringen: »Heiße Luft würde DIE LINKE wählen!«

Darauf muß man erst einmal kommen, woll. Allenfalls Psychiater, die von Berufs wegen mit Autisten zu tun haben, dürften mit dem kruden Motto auf Anhieb was anzufangen wissen, gehören doch schiefe, sinnverkehrte und fehlerdeutige sprachliche Äußerungen zu den ernstesten Symptomen dieses Leidens. Wie z.B. »Wirr würde Müntes Kopf aussuchen...« oder so.

Dem unfreiwilligen Jux gibt das Schmähposter noch einen besonderen Pfiff dadurch, daß ihm die Abbildung eines Föhns beigeordnet wurde, der aus einem Hemdkragen ragt. Was dazu führt, daß man eine Großannonce des erheiterlichen »Promi«-Frisörs Waltz vermutet, während die Wahlparole selbst eher die Autor-schaft von Verona Pooth, gewesene Feldbusch-Bohlen, nahelegt. Plupp!

Wagt man sich an die Deutung des im Konjunktiv vorgetragenen Wahlverhaltens des erhitzten Gasgemischs, dann geht es wohl darum, eine Assoziation herzustellen zwischen linkem »Gerede« (...die quasseln doch nur heiße Luft...) und linken Wählerstimmen, obwohl der Wähler, da die heiße Luft ja nur als Metapher existiert, einfach eliminiert wird. Der Kuchen ist schuld daran, daß er nicht schmeckt. Kein Argument, nirgends - nur heiße Luft und Friseurpropaganda. Es darf daran erinnert werden, daß die wackeren Enkel August Bebels mit den berühmten Arbeiterführern Müntefering und Steinmeier an der Spitze in den zahlreichen Fällen, wenn ihnen im Disput mit tatsächlichen Linken die – normaltemperierte – Luft wegbleibt, gern mal die Notbremse ziehen und mit der Populismuskeule zuhauen.

Mit dem großen Wurf des Maxiposters haben sie die ungeliebten Brüder überholt, ohne sie einzuholen – durch die Erfindung des unpopulären Populismus. In Zeiten, da sich die SPD emsig aus dem Forderungsfundus der Linkspartei bedient – man könnte auch sagen, sie saugt schamlos heiße Luft ab –, sollte man sich nicht zögerlich verhalten und der schmelzenden Partei eine bessere PR-Agentur empfehlen. Vielleicht den »Eulenspiegel«. Nein, den nicht, der hatte vor Jahren einen schillernden Spitzenkandidaten der SPD als »Wahlkampflokomotive« konterfeit. Darunter war zu lesen: »Leider verwendet er 80 Prozent des Dampfes zum Tuten...«

Heiße Luft.

Dr. STEFFEN PEITSCH

Bundeskanzlerin Merkel soll sich von Ausstellung »60 Jahre - 60 Werke« distanzieren

In einem Brief hat der Vorstand des Berliner Verbandes deutscher Schriftsteller (VS in der ver.di) die Bundeskanzlerin Angela Merkel aufgefordert, sich von der Ausstellung »60 Jahre - 60 Werke« zu distanzieren. »In Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland müssen wir sagen, diese Ausstellung ist ein Skandal, sie spiegelt keineswegs die Bundesrepublik wider, sondern zeigt ein schiefes, unwahres Bild des künstlerischen Wirkens der letzten 60 Jahre in Deutschland. Es ist unbillig, sich dabei nur auf westdeutsche Kunst zu

beschränken und das auch noch im Namen des Grundgesetzes.

Mit der begleitenden Äußerung des Kurators, die Bildende Kunst der DDR möge wie 'ein häßlicher Regentropfen der Geschichte rasch verdunsten' (und damit ist wohl nicht nur die Bildende Kunst gemeint), zeigt, wes Geistes Kind die Macher dieser Demonstration sind“, so der Vorstand in seinem Schreiben.

MONIKA EHRHARDT-LAKOMY,
Stellv. Vorsitzende des VS Berlin

Kein Sozialbericht in Eberswalde

Eberswalde (bbp). Der Kreistag erhält seit Anfang der 90er Jahre regelmäßig einen Sozialbericht. Diese auf Initiative der damaligen PDS-Fraktion beschlossene Praxis wurde nach der Kreisfusion 1993 vom Kreistag Barnim übernommen. Im April 2009 hatte die SPD-Stadtfraktion auch für die Stadt Eberswalde einen Sozialbericht vorgeschlagen.

Einmal im Jahr sollte die Stadtverwaltung über die demographische Entwicklung, die Erwerbslosigkeit, das Wohnen, Kita und Schule, die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen, die Integration von Einwohnerinnen und Einwohnern mit Migrationshintergrund und über die soziale Infrastruktur in der Stadt berichten. Der Sozialbericht sollte den

Stadtverordneten als Instrument zur strategischen Entscheidungsfindung dienen. »Nur mit der notwendigen Kenntnis über die demographische, soziale und wirtschaftliche Lage der Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Eberswalde ist eine verantwortungsvolle und zielgenaue Entscheidungsfindung der Stadtverordneten und damit eine gute Kommunalpolitik möglich«, schrieben die Sozialdemokraten in der Begründung ihrer Beschlussvorlage.

Nachdem die SPD-Abgeordnete Angelika Röder, wohl in Absprache mit der Verwaltung, vorgeschlagen hatte, die statistischen Berichte der Stadt um die vorgeschlagenen Punkte zu erweitern, zog der Fraktionsvorsitzende Hardy Lux die Vorlage zurück.

Tag der Befreiung vom Hitlerfaschismus

Bernau (bm). Im 64. Jahr seit der Befreiung von Hitlerfaschismus und Krieg durch die Sowjetarmee und ihre Verbündeten folgten am 8. Mai mehr als 250 Bürgerinnen und Bürger dem Aufruf des Netzwerkes für Toleranz und Weltoffenheit, den Bernauer LINKEN und des Jugendklubs DOSTO, am Ehrenmal der sowjetischen Armee in der Bernauer Mühlenstraße dieser Heldentat zu gedenken. »Sorgen wir dafür, daß angesichts des zunehmenden Rechtsextremismus in Deutschland nie wieder ein Krieg von deutschem Boden ausgeht«, so die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Bernau Dr. Dagmar Enkelmann in ihrer Gedenkansprache. Begrüßt wurden der Militärattaché der russischen Botschaft in Deutschland Rafael Y. Arutyunyan und sein Mitarbeiter Major Alexej V. Peteshov. Im Anschluß gedachten die Teilneh-

mer am Deserteursdenkmal allen, die dem Krieg Widerstand entgegensetzten und dafür ihr Leben lassen mußten. Die Feierstunde klang mit einem Festessen auf dem Marktplatz und vielen Gesprächen aus.



8. Mai 2009: Gedenken am Deserteursdenkmal in Bernau.

Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus

Am 8. Mai fand die traditionelle Kranzniederlegung in Eberswalde statt. Der Bürgermeister und die Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft e.V. Eberswalde, sowie Vertreter von Parteien und zahlreiche Bürger unserer Stadt, haben an diesen Tag am sowjetischen Ehrenmal in der Freienwalderstraße, aus Anlaß

des Tages der Befreiung vom Nationalsozialismus durch die Rote Armee der gefallenen sowjetischen Soldaten gedacht und sie durch die Niederlegung von Kränzen und Blumen geehrt.

ILSE WEBER,
Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft

Der Weg in den nächsten Krieg

In Afghanistan sterben deutsche Soldaten. In Afghanistan morden deutsche Soldaten. Halt, natürlich sind die getöteten Frauen und Kinder nur Opfer von verständlicher Notwehr. Doch der einstige Nimbus der Bundeswehrsoldaten im Norden Afghanistans als Helfer und Friedensbringer ist längst dahin. Kriegsminister Jung sagt es offen bei jeder sich bietenden Gelegenheit, daß beim Afghanistan-Einsatz – wie bei jedem Krieg – mit Gefallenen zu rechnen ist. Die Öffentlichkeit soll sich daran gewöhnen. Jung setzte sich dementsprechend sehr engagiert für die Errichtung eines eigenen Kriegerdenkmals der Bundeswehr ein.

In der Zwischenzeit ist der nächste Kriegseinsatz der Bundeswehr in Pakistan, dem Nachbarstaat Afghanistans, längst vorbereitet. Schon im September 2008 wurde bekannt, daß die Bundesrepublik hohe Summen für »zivil-militärische« Kriegsbegleitung (»Vernetzte Sicherheit«) in Pakistan bereitstellt.¹

Hintergrund waren Bemühungen der USA, die Kriegführung über die afghanisch-pakistanische Grenze auszuweiten und auf pakistanischem Territorium auch die pakistanische Armee zur Aufstandsbekämpfung heranzuziehen. Nach dem Besuch des pakistanischen Verteidigungsministers Chaudry Ahmed Mukhtar in der BRD Anfang Mai gab das Bundesministerium für Verteidigung (BMVg) bekannt, daß die

Bundeswehr ihre Unterstützung für den Krieg der pakistanischen Streitkräfte im Nordwesten des Landes ausweiten und in einem ersten Schritt fast 500 pakistanische Soldaten in der BRD trainieren werde. Zudem werde sich die BRD am Bau von insgesamt sechs »Grenzkontrollzentren« an der Grenze zwischen Afghanistan und Pakistan beteiligen. Dies sei nötig, »um den Taliban die Rückzugsgebiete zu versperren«. Die Zusage, die pakistanische Militäroffensive gegen die Aufstände im Nordwesten des Landes zu unterstützen, erfolgte unmittelbar vor deren Beginn. Daneben gibt es Gespräche für weitere Waffenlieferungen an Pakistan, das inzwischen auf der Rangliste der Empfänger deutschen Kriegsgeräte den siebten Rang erreichte.²

Wie der pakistanische Verteidigungsminister in Berlin berichtete, wünscht seine Armee vor allem Hubschrauber, Nachtsichtgeräte und Radpanzer vom Typ »Dingo« aus der Produktion des Münchner Rüstungsherstellers KraussMaffei Wegmann. Der »Dingo« wird unter anderem von der Bundeswehr in Afghanistan eingesetzt. Künftig soll er als Trägerplattform für ein neues Bodenüberwachungsradar dienen und besonders zur Aufstandsbekämpfung genutzt werden.³

Die Offensive der pakistanischen Armee im Swat-Tal dauert bis heute an. »Swat ist erst der

Anfang. Wir stehen vor einem größeren Krieg«, sagte der Präsident Pakistans.⁴ Ziel ist die gnadenlose militärische Niederschlagung der Aufstände, wie es die Regierung Sri Lankas eben erst am Beispiel der tamilischen »Befreiungstiger« demonstrierte. Längst ist auch ein Militäreinsatz der NATO in Pakistan im Gespräch. Für die US-Armee ist der Norden Pakistans schon lange Einsatzgebiet. Eine Beteiligung der Bundeswehr an einem neuen NATO-Krieg gilt dabei als selbstverständlich.

G.M.

1 – German-Foreign-Policy-Newsletter vom 24.9.2008

2 – German-Foreign-Policy-Newsletter vom 22.5.2009

3 – Financial Times Deutschland vom 20.05.2009

4 – ebd.

78 mal Heldentod

Berlin (bbp). Nach Informationen des Bundesministeriums für Verteidigung haben seit 1992 mehr als 260.000 Bundeswehrangehörige an Auslandseinsätzen teilgenommen. Insgesamt 78 Bundeswehrsoldaten kamen bisher dabei ums Leben. Davon starben fünfzehn bei Anschlägen oder Kampfhandlungen, fünf bei Unfällen mit Schusswaffen und 27 bei sonstigen Unfällen. Darüber hinaus kamen dreizehn Soldaten beim Auslandseinsatz durch natürlichen Tod oder den Umgang mit Fundmunition und achtzehn durch Suizid ums Leben.

Preußisch-deutsches Joachimsthal

Nach mehrjähriger Abstinenz gelobten am 14. Mai in Joachimsthal junge Rekruten der Bundeswehr aus Prenzlau, bei Kriegseinsätzen am Hindukusch oder sonstwo auf der Welt weder das eigene noch das Leben unschuldiger Frauen und Kinder für die Verteidigung der Interessen des deutschen Kapitals zu schonen. Mit einem Gemeindegottesdienst, zu dem die örtliche Pfarrerin Spreng in die Joachimsthaler Kirche eingeladen hatte, wurde das militärische Ereignis abgerundet.

Die kommunalen Spitzen Joachimsthals agieren seit den 90er Jahren als ein Vorposten des bundesdeutschen Militärs im ansonsten militärfreien Landkreis Barnim und sehen sich explizit in der Tradition des preußisch-deutschen Militarismus. Im Jahr 2001 hatte es in Joachimsthal das erste öffentliche Gelöbnis gegeben. Damals wurde auch ein Patenschaftsvertrag mit dem Prenzlauer ABC-Abwehrbataillon 805 geschlossen. Die zivil-militärische Kooperation dauerte bis zur Auflösung des Bataillons im Jahr 2007. Nunmehr soll diese militaristische Tradition mit dem neuen Fernmeldebataillon 610 fortgesetzt werden.

Die Stadt freue sich, für das Gelöbnis die »geschichtsträchtige Kulisse« bieten zu können, ließ die Joachimsthaler Bürgermeisterin Gerlinde Schneider wissen. Bezogen auf Gegner

der Militärpräsenz, die am Rande des Gelöbnisses unter dem Motto »Noch mehr Mittel, noch mehr Werbung für Bundeswehr? Nicht mit uns!« demonstrierten, forderte die Bürgermeisterin Toleranz. Immerhin – bei früheren Gelöbnissen in Joachimsthal war den Protesten mit Polizeiknüppeln statt mit Toleranz begegnet worden.

Die regionale Tageszeitung berichtete von einer »stolzen Mutter«, deren Sohn im Namen der Rekruten vor »versammelter Mannschaft« gesprochen hatte. Ob ihr Stolz auch noch anhält, sollte ihr Sohn im Zinksarg von einem Auslandskriegseinsatz zurückkommen?

Passend war die Musik, die das Wehrbereichsmusikkorps aus Neubrandenburg spielte: der »Marsch« von Graf Friedrich Wilhelm von Redern, einst Gutsbesitzer in Glambeck bei Joachimsthal, dem auch die Herrschaft Lanke gehörte, was ihn zu einem der größten Großgrundbesitzer Preußens machte. Von Redern war als Vertrauter dreier preußischer Monarchen im 19. Jahrhundert fünfzig Jahre lang einflußreiche Persönlichkeit »bei Hof«. Als Komponist erwarb er nur geringe Anerkennung (Wikipedia). Doch darauf kam es in Joachimsthal nicht an, paßten der »Marsch« und die Tradition des preußischen Gutsbesitzers doch hervorragend in die »geschichtsträchtige Kulisse«.

GERD MARKMANN

Beratung für Kriegsdienstverweigerer

mit Thomas Lehmann

im Begegnungszentrum »Wege zur Gewaltfreiheit«,
16225 Eberswalde, Brautstraße 34, Tel. 03334/22398

Tätigkeitsbericht

Eberswalde (bbp). Auf Vorschlag der SPD beschlossen die Eberswalder Stadtverordneten auf ihrer Sitzung am 30. April mehrheitlich, daß die Stadtverwaltung halbjährlich einen schriftlichen Tätigkeitsbericht der Projektgruppe »Beschäftigungsförderung« vorlegen soll. Ein Antrag der FDP auf Verweisung in die Ausschüsse war zuvor abgelehnt worden.

Der Tätigkeitsbericht soll mindestens folgende Aspekte enthalten: Zahl und Dauer der durchgeführten und laufenden Maßnahmen, Auflistung der Einsatzfelder und Arbeitsinhalte, Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, Umfang und Verteilung der Beschäftigungszeiten, Übersicht über Qualifizierungsmaßnahmen, Auflistung des Stammpersonals mit Zuständigkeiten, Mittelverwendung (Sach- und Personalkosten, Eigenanteil der Stadt und Einnahmen aus Tätigkeiten) sowie eine Einschätzung zur Wettbewerbsneutralität der Maßnahmen. Der erste Tätigkeitsbericht soll am 25.6. vorliegen. Eine kurze mündliche Stellungnahme durch die Stadtverwaltung bei Vorlage des Berichts ist erwünscht.

Gefahr und Aufbruch

Die Bundeskanzlerin und der Wirtschaftsminister haben eine Krise des Finanzsystems und eine Wirtschaftskrise ermittelt. Das Landratsamt geht noch weiter und betont, daß die Bundesrepublik und der Landkreis Barnim vor der schwersten Wirtschaftskrise der letzten Jahrzehnte mit kaum abzusehenden Folgen für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung stünden. Jeder zusätzliche Konflikt zwischen Landrat und Kreistag würde zu direktem Schaden für den Landkreis und seine Bewohner führen.

Die Chinesen verbinden Gefahr und Aufbruch zur Krise. Wir Deutschen verstehen sie als eine problematische, mit einem Wendepunkt verknüpfte Entscheidungssituation. Demnach könnte man folgern, daß wir vor großen Herausforderungen stehen. Was die die politische Führung unseres Landkreises da unternimmt, steht in der Zeitung.

Viel zu früh, lange vor der eigentlichen Wahl des neuen Landrates beginnt die Kampagne zur Bekämpfung des politischen Populismus. Damit auch wirklich nichts schiefgeht, verfertigen die Spitzen der Verwaltung eine als Positionspapier bezeichnete Handreichung an die Abgeordneten zur Landratswahl. Auf gar keinen Fall solle demnach der Landrat direkt von den Einwohnern gewählt werden. Folgerichtig geht die Abstimmung im Kreistag zum Wahlmodus ohne Not verloren. Dann schlägt der amtierende Landrat als den besonders befähigten Kandidaten denjenigen amtierenden Vizelandrat vor, der schon bei der Bürgermeisterwahl in Eberwalde erfolgreich durchgefallen ist.

Im selben Atemzug macht dieser Landrat die direkte Wahl mit der Bemerkung lächerlich, daß man den Menschen eine solche Abstimmung zu Jahresbeginn nach all den Feiertagen und Wahlen nicht auch noch zumuten könne. Außerdem teilt er mit, daß er auf gar keinen Fall beabsichtigt, Wahlkampf zu machen und mit den Einwohnern um die besten Konzepte zu ringen. Ob man überhaupt Konzepte vorlegen will, bleibt im Dunkeln.

Eine erfolgreiche Bewältigung gefährlicher Situationen und der Aufbruch zu vorteilhaften Entwicklungen sehen anders aus. Auf den ersten Blick spürt jedermann und jedefrau die hochmütige, herablassende Art eines amtsmüden, im eigenen Saft schwimmenden Politikers und einer Anhängsel. Aus dem Dunkel der Vergangenheit haucht es »nur keine Fehlerdiskussionen« und »einzuholen ohne überholen«. Wenn ihr von der SPD und von der CDU endlich das entdeckt, was alle sehen, dann steigt ab. Nur so haltet ihr eine Lähmung oder Behinderung durch Konflikte auf dem niedrigstmöglichen Niveau, wie es die Spitzen der Verwaltung in ihrem Positionspapier beschreiben.

Dr. MANFRED PFAFF

»Bildungsinitiative« im Landkreis Barnim:

Bildung, Bildung über alles...

Diese Hymne wird neuerdings von den Verantwortlichen im Barnim und in Eberswalde gesungen. Dabei sollten sich die Unterstützer der Potsdamer Koalition eigentlich eher zurückhalten. Es waren schließlich die Minister Speer und Ruprecht (SPD), die mit der Kita-Novelle den Betreuungsanspruch für Kinder erwerbsloser Eltern beschnitten, über starr gehandhabte Klassenfrequenzen und Zügigkeitsvorgaben die Schullandschaft ausdünnten und die Phase der schwachen Geburtsjahrgänge zur Haushaltssanierung statt zur Verbesserung der Fördermöglichkeiten nutzten. Es war das CDU-geleitete Innenministerium, das die Landkreise zwang, die durch längere Schulwege entstehenden zusätzlichen Kosten im Schülerverkehr anteilig an die Eltern weiterzugeben (inzwischen rückgängig gemacht). Das sollte man zumindest im Kopf behalten, wenn man die im Wahljahr anrollende Bildungs offensive bewertet.

Die Rückstände sind groß. Der Sanierungsbedarf bei Kitas und Schulen ist – trotz anzuerkennender Leistungen – noch nicht abgearbeitet. Die mangelhaften Ergebnisse unseres Bildungssystems schreiben Fachleute auf das Konto früherer Selektion, sozialer Hürden, begrenzter Durchlässigkeit, ungenügender Förderung. Im Vorschulbereich steht steigenden Anforderungen an die Erzieher/innen ein miserabler Betreuungsschlüssel gegenüber.

Welche Ziele werden nun anvisiert? Stadt und Kreis nutzen in erster Linie die Gelder der Bundesregierung für das »Konjunkturpaket II«. Das ist so gestrickt, daß es in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise vor allem der Wirtschaft hilft. Die gewünschten Investitionen im Bildungsbereich zielen also vornehmlich auf Gebäudesanierung und die materielle Ausstattung der Bildungseinrichtungen. Die zu knappe Personaldecke wird nicht aufge bessert. D.h., das Paket (Laufzeit bis 2011) stellt eine zeitlich begrenzte Geldspritze dar, keine nachhaltige Verbesserung der Bildungssituation, die langfristig höhere Aufwendungen erfordern würde. Wegen der kurzen Laufzeit entsteht obendrein Hektik bei der Planung der Maßnahmen – mit der Gefahr, an den eigentlichen Schwachstellen vorbei zu agieren.

Das zeigte sich bereits in Eberswalde. Die Verwaltung konstatierte steigenden Bedarf an Kitaplätzen für die nächsten Jahre und legte ein Papier mit alternativen Varianten vor: Bau einer neuen Kita oder verstärkte Sanierung bestehender Häuser. Die erste Variante stieß auf Kritik und fiel durch, weil der Bauvariante jede zahlenmäßige Untersetzung fehlte. Die Ersatzvorlage beinhaltet nun einen Kompromiß – eine zusätzliche Kita in bestehender, anzupassender Bauhülle und Sanierungsmaßnahmen bei anderen Kitas (weniger als zuvor geplant). Die Kreisverwaltung erarbeitete 2008 die »Bildungsinitiative Barnim« zum Förderprogramm »Lernen vor Ort« des Bundes. Eingereicht ohne vorherige öffentliche Kenntnissnahme und Debatte, hat die Bewerbung des Barnim die erste Hürde genommen (zur Antragstellung zugelassen). Eine Jury wird im Juni bis zu 30 Prozent der eingereichten Entwürfe zur Förderung auswählen. Das Barnimer Programm zielt auf Vernetzung aller Bildungsaktivitäten vor allem an den »Bruchstellen« der Bildungsbiographien (Kita/ Grundschule, Grundschule/Sek I, Sek II/ Hochschule) – ein begrüßenswerter Ansatz. Dabei ist daran gedacht, die Kooperation der Bildungspartner allgemein, an diesen Übergängen aber schwerpunktmäßig, zu fördern (Bildungsbeirat des Kreises, Steuerungsgruppe des Kreises, Bildungsberatungsgruppen, Stabstelle Bildung, thematische Arbeitsgruppen und Arbeitskreise, Kooperationsvereinbarungen). Schulamt, IHK, Eltern-Kind-Zentren u.a. Partner sollen eingebunden werden.

Die Stichworte deuten an: es ist an Netzwerke gedacht, die – bei Teilnahme der Bildungseinrichtungen – deren koordiniertes Handeln verbessern. Die Gefahr ist zumindest latent, daß »Wasserköpfe« entstehen und die eigentlichen Akteure ohne durchschlagenden Nutzen zusätzlich belastet werden. So sind für die »Stabsstelle Bildung« drei Vollstellen, dazu eine Stelle für »Bildungsmonitoring« (Erfassung bzw. Erhebung statistischer Daten) vorgesehen. Auftakt des Programms, falls bewilligt, soll IV/09 sein.

Am 11. Mai fand als Einstieg eine Vortragsveranstaltung zu »Bildungsmedien online« statt. Dabei geht es um verstärkte Bereitstellung von Hard- und Software, Text-, Audio- und Videodokumenten für die Unterrichtspraxis mit Hilfe des »Medienzentrums Barnim«, wobei der rbb als Partner einbezogen wurde. Bildungsdezernent Dr. Mocek pries einleitend das Programm als attraktive Lösung für alle Altersgruppen und Lerntypen an. Daran sollte man nicht nur leise zweifeln. Der Einsatz solcher modernen Medien muß zuvor unter lernpsychologischen Gesichtspunkten bewertet und dosiert werden. Die ersten Jahre der Primarstufe haben vorrangig dem Erwerb der grundlegenden Kulturtechniken – Lesen, Schreiben, Rechnen – zu dienen, über deren mangelhafte Beherrschung durch Azubis die Betriebe klagen. Die Lernleistung im Hirn des Kindes erfordert Zeit und Geduld. Auch die »neuen Medien« können da nicht als »Nürnberger Trichter« dienen. Man kann selbst mit schwerer Artillerie sein Ziel verfehlen, wenn man nicht die tatsächlichen Schwachstellen anvisiert. Beim gegenwärtigen Bildungsaktionismus kommt der Verdacht auf, daß neben den Wirtschaftsinteressen vor allem das Image der beteiligten Parteien und Politiker gepflegt werden soll.

ROLF RICHTER

Fehlplanungen im Kita-Bereich

Eberswalde (bbp). Mit ihrer Anfrage zur aktuellen Auslastung der Kindertagesstätten in Eberswalde hat die Fraktion der Linken in der StVV Eberswalde offenbar ins Schwarze getroffen. Ganze fünf Seiten umfaßt die Antwort der Stadtverwaltung, zuzüglich 7 Seiten »überarbeitetes Zahlenmaterial (bis 2014/15) der Kitakonzeption 2006/2007 bis 2011/2012«.

Hintergrund der Anfrage war die Information des 1. Beigeordneten der Stadt Eberswalde Lutz Landmann im März, daß aktuell in der Stadt Betreuungsplätze in den Kindertagesstätten fehlen würden. Keine zwei Wochen später hatte die Stadtverwaltung bereits einen Lösungsvorschlag parat: Die Gelder aus dem Konjunkturpaket II sollten für den Neubau einer Kita in Stadtmitte verwendet werden. Im Schnellverfahren sollte das bereits im April von den Stadtverordneten abgesegnet werden. Ohne Analyse des tatsächlichen Bedarfs, der vorhandenen Plätze und deren Auslastung.

Ein solch leichtfertiger Umgang mit öffentlichen Geldern ging bei den Stadtverordneten bei allem Vertrauen in die Redlichkeit des neuen Bürgermeisters dann aber doch nicht durch. Schon in der Ausschußdiskussion war der Gegenwind so stark, daß Bürgermeister Friedhelm Boginski seinen Vorschlag zurückzog. Dank der Anfrage der Fraktion der Linken liegen nunmehr auch detaillierte Zahlen auf dem Tisch.

Insgesamt haben die Kindertagesstätten in der Stadt Eberswalde eine Gesamtkapazität von 2.388 Plätzen. Vorübergehend genehmigte Kapazitätserhöhungen vor allem im Hortbereich erhöhen den Bestand aktuell auf 2.437 Plätze. Davon waren am 1. März 2.285 belegt. Bis zum 5. Mai erhöhte sich die Auslastung auf 2.320. Unter Berücksichtigung der Ausnahmegenehmigungen gibt es demnach 133 freie Plätze, ohne die vorübergehenden Kapazitätserhöhungen sind 68 Plätze frei. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß für die verschiedenen Altersstufen (Krippe, Kindergarten, Hort) unterschiedliche Anforderungen bestehen, die aus der Platzstatistik nicht so ohne weiteres hervorgehen. Meist sind es Hortplätze, die noch frei sind.

Mit 32 freien Plätzen verfügt die Kinderakademie in Westend über die größten freien Kapazitäten. Mit 15 freien Plätzen folgt die städtische Kita »Sonnenschein« in Stadtmitte und mit 12 freien Plätzen der Hort »Kleiner Stern« in Finow. Im Brandenburgischen Viertel, hier ist 2006 trotz Widerstand und vorgeschlagener Alternativen die Kita »Spatzennest« geschlossen worden, sind die städtischen Kitas »Gestiefelter Kater« und »Pustelblume« incl. der temporären Kapazitätserhöhungen weitgehend ausgelastet. Insgesamt werden dort 14 Kinder mehr betreut, als die ursprüngliche Betriebserlaubnis vorgibt. In dem Viertel hat nur noch der Hort »Kinderinsel« geringfügige Kapazitäten offen. Die 6 freien Plätze bei der Kita »Arche Noah« werden zum 1. Juni belegt.

Mit Stand 1. März gab es in Eberswalde 1.032 Kinder im Krippenalter, 1.003 Kinder im Kindergartenalter, 826 Kinder in der Klassenstufe 1 bis 3 und 814 Kinder der Klassenstufe 4 bis 6. Die Krippe besuchten 424, den Kindergarten 1.029 und den Hort 832 Kinder, darunter 141 aus umliegenden Städten und Gemeinden. Am 21. April lagen Voranmeldungen für 43 Kinder (vom vollendeten dritten bis 6. Lebensjahr) mit Rechtsanspruch auf eine Mindestbetreuung von 6 Stunden pro Tag vor, denen zurzeit kein Kindergartenplatz zur Verfügung gestellt werden kann. Bis August kommen noch 29 Kinder hinzu. Weitere Anträge gibt es für Kinder im Krippenalter, deren Rechtsanspruch von der Kreisverwaltung beschieden wird. Nach den nunmehr geänderten Prognosen der Stadtverwaltung fehlen im Jahr 2009/2010 insgesamt 77 Kitaplätze in Eberswalde. Bis 2014/15 erhöht sich der Fehlbedarf auf 154.

Inzwischen fanden Gespräche mit den freien Trägern von Kitas zur Auslastung und Erhöhung der Kapazitäten statt. Bei den städtischen Einrichtungen sollen die bestehenden Ausnahmegenehmigungen verlängert werden. Zusätzlich besteht seitens des Berufsbildungsvereins die Absicht, ab Oktober 2009 am Standort »Saturn« eine neue Kindertagesstätte mit ca. 48 Plätzen für Kinder im Alter bis zum Schuleintritt zu eröffnen. Außerdem will die Kita »Arche Noah« ihre genehmigte Kapazität zum 1.6.2009 um 15 Plätze erhöhen.

Auf die Frage nach den Möglichkeiten, in den letzten Jahren geschlossene Kindertagesstätten für eine Nutzung oder Teilnutzung zu reaktivieren antwortete die Stadtverwaltung:

»Im Jahr 2006 wurde die Kita 'Spatzennest' im Brandenburgischen Viertel geschlossen. Die WBG hat die Nutzung des Hauses übernommen und vermietet alle Räume an verschiedene Vereine und die Stadt Eberswalde. Die Stadt nutzt die Räumlichkeiten für die Jugendeinrichtung 'Juki-Treff', Verkehrswacht und das Geschichtswissenschaftliche Institut. Die sanitären Anlagen der ehemaligen Kindertagesstätte wurden durch die WBG zurückgebaut.« Stattdessen sollen im Rahmen des Konjunkturpakets II mit fast 400.000 Euro bei den Kitas »Sputnik« und »Sonnenschein« (beide Stadtmitte) 33 und im »Kinderparadies Nordend« 10 bis 15 neue Plätze geschaffen werden. Bis 2010 würden so insgesamt 111 neue Kitaplätze zur Verfügung stehen.



Wie diese junge Mutter protestierten im Frühjahr 2006 zahlreiche Eltern gegen die Schließung der Kita »Spatzennest«.

Sternmarsch in Bernau

Mehr Kita-Personal gefordert

Bernau (bm). Nicht zum erstenmal wird über die Kita-Initiative Brandenburg berichtet. Anlaß sind der zu niedrige Betreuungsschlüssel in den Brandenburger Kitas und Horten, zu wenig Zeit für die Erzieherinnen und Erzieher für die Vor- und Nachbereitung, Elternarbeit und andere notwendige pädagogische Arbeit, die Nichtberücksichtigung von Fehlzeiten (Urlaub, Krankheit, Weiterbildung) sowie die fehlende Zeit der Leitungskräfte zur Anleitung von Mitarbeitern, für Verwaltungs- und Organisationsaufgaben. In einem Protestbrief an den Brandenburger Ministerpräsidenten wird festgestellt, daß der Brandenburger Betreuungsschlüssel bundesweit der Schlechteste ist.

Das Maß ist voll – Eltern, ihre Familien sowie Erzieherinnen und Erzieher wehren sich in vielfältigen Aktionen landesweit gegen diese Praxis. So haben Eltern, Großeltern, Tanten und Onkels in Bernau die Möglichkeit, in den Kitas ihrer Kinder einen dringenden Wunschzettel zu schreiben und in die dort bereitstehenden Wunschzettelboxen zu werfen.

Am 28. Mai werden die Wunschzettel nach einem Sternmarsch, der aus vier Richtungen gegen 16.30 Uhr am Bernauer Steintorplatz zusammenkommt, in eine große Wunschzettelbox gegeben, die am 28. Juni in Potsdam zur Abschlußveranstaltung der Kita-Initiative Brandenburg an Ministerpräsident Platzeck überreicht wird. Die Treffpunkte für den Sternmarsch sind jeweils 16 Uhr im Stadtteil Süd die Kita »Regenbogen« Neptunring, im Puschkin-Viertel der Kindergarten »Kreatives Freizeitzentrum« Sachtlebenstraße, in Friedenstal die Kita »Rappelkiste« am Baikalplatz sowie der Montessori-Kinderladen in der Oranienburger Straße.

»Specht« zwangsversteigert

Eberswalde (bbp). Der »Specht«, einst zusammen mit der benachbarten Kaufhalle, den Schulen und dem heute von der AWO betriebenen Altersheim das multifunktionale Zentrum des Brandenburgischen Viertels, ähnelt immer mehr einer Ruine. Der bündnisgrüne Stadtverordnete Nicky Nerbe fragte daher nach Sicherungsmaßnahmen. Baudezernent Dr. Prüger teilte mit, daß eine Zwangsversteigerung des »Specht« vorgenommen werden soll und daher aus Kostengründen von weiteren Sicherungsmaßnahmen abgesehen wird.

Nichtöffentlich

Eberswalde (bbp). Angelika Röder (SPD) nutzte die Abgeordnetenfragestunde der StVV-Sitzung am 30. April, um sich nach dem Sachstand hinsichtlich der Blöcke des ehemaligen Arbeitsamtes zu erkundigen. Bürgermeister Boginski informierte, daß die Baugenehmigung erteilt wurde. Weitere Informationen werde es im nichtöffentlichen Teil der Sitzung geben.

Historischer Dorfkern:

Hohenfinow macht's richtig

Großes Lob an die Politik und Verwaltung der Gemeinde Hohenfinow im Amt Britz-Chorin! Seit Jahren kümmert man sich hier rührend um den historischen Dorfkern. Auf dem Dorfbauer stehen die uralten Linden, die mit denkmalgeschützten Gebäuden wie der Pfeilerbasilika ein wunderschönes Ensemble bilden. Diese Bäume sind Lebensraum des Eremiten, einer seltenen Käferart der Roten Liste.

2004 hatte die Gemeinde einen über ein Lindenblatt tanzenden Eremiten als Symbol des Dorfes auserkoren. Dies allein zeugt davon, welch hohen Stellenwert der Naturschutz in diesem schmucken Angerdorf genießt. In der aus zehn Mitgliedsdörfern bestehenden Arbeitsgemeinschaft Historische Dorfkern in Brandenburg engagiert sich das »Städtchen« damit nicht nur für einen touristisch attraktiven Barnim, sondern auch für ein lebenswertes Wohnumfeld seiner Einwohner.

Erleichtert war ich vor etwa zwei Jahren, als die Hohenfinower den Vorschlägen einer beauftragten Wirtschaftsprüferin eine klare Absage erteilten. Diese monierte die Kosten zur Erhaltung des historischen Dorfbauers und stellte diesen damit grundsätzlich zur Disposition. Doch solch eine rein ökonomische Bewertung hätte bei Betrachtung des gesamten Sachverhaltes eben zu kurz gegriffen.

Wir können froh sein, daß es die Hohenfinower, lange bevor es für den Denkmal- und Naturschutz gesetzliche Grundlagen gab, verstanden haben, ihr Tafelsilber vor der Zerstörung zu bewahren. Andere Gemeinden in Brandenburg, die aus einem unseligen neuen Zeitgeist heraus ihre historischen Dorfbauer samt alten Baumbestand eingerissen haben, können nun zurecht neidvoll auf Hohenfinow blicken. So zum Beispiel Joachimsthal, die sich beim Ausbau der B 198 einen häßlichen Kreisverkehr vor ihre Nase setzen ließen und in den letzten Jahren nicht gerade sensibel mit ihrem alten Baumbestand umgegangen sind.

Ich begrüße die weitsichtige und nachhaltige Politik der Hohenfinower Bürgermeisterin Kerstin Bernhard sowie der Gemeindevertretung und wünsche weiterhin ein glückliches Händchen und viel Erfolg!

Dr. ANDREAS STEINER, Stellv. Vorsitzender der Eberswalder Stadtfraktion B`90/Die Grünen

»Luxusstraße« in Westend

Zusätzliche Flächenversiegelung beim Ausbau der Wildparkstraße

Eberswalde (bbp). Bereits im März haben die Eberswalder Stadtverordneten mehrheitlich der Entwurfsplanung für den Ausbau der Wildparkstraße in Westend zwischen der Walter-Kohn-Straße und dem Bahnübergang am Tierpark zugestimmt. Bestandteil der Vorlage war zugleich der Baubeschluß für diese Maßnahme.

In der Aprilsitzung monierte der bündnisgrüne Stadtverordnete Dr. Andreas Steiner, daß seine in der StVV-Sitzung geäußerte Kritik in der Sitzungsniederschrift fehlte. Dr. Steiner hatte angemerkt, daß entsprechend des Verkehrsentwicklungsplanes die Wildparkstraße in die Kategorie Hauptsammelstraße/Sammelstraße eingestuft sei. Geplant werde aber ein Ausbau als Hauptverkehrsstraße. Dabei wies er eindringlich darauf hin, die Straße nicht auf Luxusniveau auszubauen. Statt der geplanten Breite von 7,50 m wäre seiner Auffassung nach eine Ausbaubreite von 5,50 m völlig ausreichend. Baudezernent Dr. Prüger widersprach Steiners Auffassung. Die Wildparkstraße werde als Hauptsammelstraße und nicht als »Luxusstraße« ausgebaut. »Nach eingehenden Diskussionsprozessen im Ausschuß für Bau, Planung und Umwelt wurde der Ausbau der Wildparkstraße, was ein Optimum darstellt, befürwortet.«

Der Ausbaubauabschnitt hat eine Länge von 775 Metern und soll 778.000 Euro kosten, wo-

von die Stadt 206.500 Euro als Eigenanteil zu tragen hat. Der Anschluß an die Zoostraße soll als Minikreisverkehr gestaltet werden. Verbesserungen gibt es für die Frösche und Lurche, für die drei Amphibientunnel vorgesehen sind. Beim größten Teil der Straße erfolgt der Ausbau auf dem vorhandenen Fahrbahnaufbau. Auf gut 100 Meter Länge erfolgt ein grundhafter Ausbau. Die 7,50 Meter breite Fahrbahn beinhaltet zwei Schutzstreifen für Radfahrer von jeweils 1,50 Meter Breite. Außerdem ist wie bisher ein einseitiger 2 Meter breiter Gehweg geplant. Mit Sicherheitsstreifen und Bankett wird eine Ausbaubreite von insgesamt 11,25 Metern erreicht. Die Ausbaufäche beträgt etwa 8.720 m². Davon werden etwa 1.400 m², das ist etwa ein Fünftel der bisherigen Fläche, neu versiegelt.

Durch die Verbreiterung des Straßenraumes werden 43 Baumfällungen aus dem Waldbestand erforderlich. Zur Sicherung der Beleuchtung und Freihaltung des erforderlichen Lichttraumprofils sind Baumschnittarbeiten durchzuführen. Die notwendigen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sollen »in der weiteren Planung abgestimmt« werden. Für den Ausbau des Kreisverkehrs und des Radfahrstreifens ist die Umwandlung von Waldflächen in Verkehrsflächen erforderlich.

Eichwerder Ring:

»Entwurfsplanung ist nur ein Zwischenstand«

Eberswalde (bbp). Im Februar hatte die Brandenburgische Staatskanzlei darüber informiert, daß für die »Wachstumskerne« im Land ein eigenes Internetportal freigeschaltet worden sei. Auf Anfrage von Karen Oehler (Bündnis 90/Grüne) teilte Baudezernent Dr. Gunther Prüger mit, daß die Zuarbeiten für diesen Internetauftritt seitens der Stadt Eberswalde im Herbst 2008 erfolgten. Darin enthalten war u.a. eine Entwurfsplanung zum Eichwerder Ring, wobei es sich um einen Zwischenstand handele. »Die endgültige Entwurfsplanung kann erst nach Abgleich mit der Entwurfsplanung Kreisverkehr Friedensbrücke erstellt werden«, so Prüger. »Der Landesbetrieb ist noch nicht so weit.« Die Vorstellung der Entwurfsplanung im Aus-

schuß für Bau, Planung und Umwelt sei abhängig von der Zuarbeit des Landesbetriebes. Ein Termin könne noch nicht benannt werden. Im Bebauungsplanverfahren für den Eichwerder Ring wurde bisher nur eine »frühzeitige Behördenbeteiligung« durchgeführt. Die integrierte Verkehrsentwicklungsplanung, die einvernehmliche Lösung mit dem Landesbetrieb zum Umbau der Knoten und Verkehrsverteilung waren abzuwarten, so der Baudezernent. Auch die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie »Hausbergtrasse« und die Festlegung der Vorzugsvarianten aus dieser durch die StVV seien für die Fortsetzung des Planverfahrens unabdingbar, »um den Eichwerder Ring als 1. Ausbaustufe aus einem nachhaltigen Verkehrskonzept herzuleiten«.

Marxismus/Leninismus kein Pflichtfach in Berlin

Ein von der Bürgerinitiative »Pro Reli« initiiertes Volksbegehren hatte monatelang die Gemüter in der Bundeshauptstadt bewegt. Die Befürworter des Begehrens wollten statt des geltenden Pflichtfaches »Ethik«, daß »Ethik-, Religions- oder Weltanschauungsunterricht ... als gleichberechtigte ordentliche Unterrichtsfächer in den öffentlichen Schulen Berlins angeboten« werden. Die Freiheit der Wahl sollte dabei dafür gelten, welche Weltanschauung staatlich fi-

nanziert unterrichtet wird. »Jede Schülerin und jeder Schüler an allgemeinbildenden Schulen muß eines dieser Fächer belegen«, hieß es im Text des Volksbegehrens. Im Osten Berlins lag die Ablehnungsquote bei drei Vierteln bei einer Beteiligung von weniger als einem Viertel der Wahlberechtigten. Den Weltanschauungsunterricht befürworteten weniger als 6¼ %.

Die Abschaffung des staatlichen Weltanschauungsunterrichts hatten die Menschen in

der DDR in ihrer friedlichen Revolution 1989 erkämpft. So wichtig das Studium der Schriften von Marx, Engels, Lenin und anderen für das Verständnis der heutigen gesellschaftlichen Vorgänge sein mag, wollten doch nur wenige einen staatlich doktrinierten Weltanschauungsunterricht wiederhaben. Die Wiedereinführung des Marxismus/Leninismus als ordentliches Unterrichtsfach wurde daher mit deutlicher Mehrheit abgelehnt. G.M.

Eine Reprise zur Bundespräsidentenwahl*:

Geträumt am 23. Mai 2004

von Hartmut Lindner

Am Wahlsonntag, ich hatte mich gerade auf dem Sofa durch die kritischen Rückblicke auf die etwas fragwürdigen Prozeduren der Kandidatenkür – und an die enthusiastischen Berichte über die beiden hochkarätigen Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten, den weltweiten Sparkassendirektor aus New York und die agile Professorin im deutsch-polnischen Grenzgebiet, herangearbeitet, da überfiel mich angesichts der Bleiwüsten und der weiteren, heiteren Aussichten doch eine arge Müdigkeit und ich dämmerte langsam hinüber, in andere Bewußtseinszonen.

Da hörte ich ganz aus der Ferne die Glocke des Bundestagspräsidenten, der behutsam ans Mikrophon klopfte und dann mit sanfter Stimme die 11. Bundesversammlung eröffnete und als einzigen Tagesordnungspunkt, die Wahl des Bundespräsidenten, aufrief.

Das Gelächter über Thierses freudsche Vorgesprecher »Wahlschläge« und den »Herrn Professor Doktor Gesine Schwan« waren kaum verklungen, da wurden die Abgeordneten und Delegierten auch schon namentlich aufgerufen und beherzt traten sie an die Urne, um ihre Stimmkärtchen einzuwerfen. Alles lief wie am Schnürchen, es gab keine Stockungen, jede und jeder war zu seiner Zeit zur Stelle, was bei dieser Versammlung, die ja nicht nur erfahrene Parlamentarier umfaßte, sondern zu einem guten Drittel aus politisch unerfahrenen Prominenten, Männern und Frauen aus Sport, Showbusineß, Kultur und Wirtschaft besteht, sehr erstaunlich ist. Doch die Überraschung war groß, als Thierse irritiert das Ergebnis verkündete: 1205 Stimmenthaltungen hatte man ausgezählt.

»Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, das ist eine ernste Sache, zu der wir hier und heute zusammengekommen sind, es geht um die Wahl des höchsten Amtes in unserem demokratischen Staat, unserem Gemeinwesen, das ist doch kein Schabernack.« Dabei raupte sich der Redner verzweifelt das wirre Haupt- und Barthaar und appellierte noch einmal eindringlich: »Ich bitte Sie, zeigen Sie mehr Respekt vor den verfassungsmäßigen Institutionen unseres demokratischen Staates, ich bitte Sie, ich appelliere an ihre Selbstachtung! Wir kommen nun zum zweiten Wahlgang.«

Wieder wurden die Mitglieder der Bundesversammlung aufgerufen.

Der Abgeordnete Abel trat vor, zog das weiße Stimmkärtchen, die Enthaltung, und sagte halblaut, mehr zu sich als zu seiner Umgebung: »Aus Selbstachtung, ich enthalte mich.«

Der nächste trat entschlossen vor, ans Präsidium gewandt rief er mit fester Stimme: »Ich stimme Ihnen zu, Herr Präsident, das ist kein Schabernack! Aus Selbstachtung!«, und warf mit diesen Worten für alle sichtbar den weißen Stimmstein in die gläserne Urne.

Die anderen Abgeordneten, die ihn umstanden, hatten ebenfalls weiße Stimmsteine gezogen und riefen nun im anschwellenden Chor:

»Aus Selbstachtung, aus Selbstachtung, aus Selbstachtung...«

Stück für Stück plumpsten die weißen Stimmsteine in die Urne.

Auf der Zuschauertribüne verfolgten die Kandidatin und der Kandidat das Geschehen, längst war auf ihren Gesichtern der Ausdruck der Irritation dem des blanken Entsetzens gewichen.

Wie eine mächtige Welle stieg der unheimliche Chor aus den Tiefen des Parketts zur gläsernen Reichstagskuppel auf, brach sich vielfach an den Scheiben und wurde verstärkt zurück in das Rund geworfen.

Da trat schon ein beflissener Saaldienstler an das Kandidatenpärchen heran und flüsterte: »*Tim Sie doch etwas, nur Sie können die Situation retten. Gleich kommt der 3. Wahlgang! Es ist eine Schande! Machen Sie dem ein Ende!*« Er drückte den beiden ein weißes Handtuch in die Hände und verschwand.

»Aus Selbstachtung!«, brandete es tausendstimmig und hundertfach in der Kuppel reflektiert aus dem Plenum zur Zuschauertribüne herauf.

Da warfen Schwan und Köhler das Handtuch. Es entfaltete, sich, dehnte sich aus, wurde von den Wellen des Chores in die schwindelnde Höhe der Reichstagskuppel getragen, wuchs und wuchs und legte sich dann sanft über den leiser werdenden Chor der Bundesversammlung, den es schließlich erstickte.

Das Rascheln der Zeitung, die von meiner Brust zu Boden gesunken war, weckte mich, als der designierte Bundespräsident Köhler im Radio gerade seine Dankesrede mit den Worten schloß: »...Gott segne unser Land.«

»Gott segne unser Land!« (Köhler, 23.5.04)

»Das hätte ich nicht geglaubt, daß die Lage so ernst ist, daß schon den Herrgott um seinen Segen bitten müssen. Das heißt, Sie ham alle Hoffnung aufgegeben, daß Ihnen selbst helfen könnnten, also, Ihnen kann keiner mehr helfen, da suchens Ihre Zuflucht bei Gott? Meiner Seel, um Himmels Willen! Wo soll das hinführen?«

Kathrin, steig auf! Eilif, leg dich ins Zeug, mir müssen schau'n, daß ma über die Grenze kommen!

Hier is aus mitm Geschäft. Mit Rosenkränzn und Gebetsbüchlerln handeln mir schon lange nicht mehr, nach unsere Erfahrungen mit der Religion und der Kirch! Auch der Reliquienhandel hat sich als Luftgeschäft erwiesen; mir san ehrliche Leut, mir ham a reeles Geschäft. Vorwärts!«

Courage singt: Von Ulm nach Metz...

Fernes Griechenland so nah

In wenigen Tagen wird ein neues Europaparlament gewählt. Eine gute Gelegenheit für die Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE), unter dem Motto »So is(s)t Europa« zu einem kulinarisch unterhaltenden Sonntagvormittag in das Bernauer Restaurant ATHOS einzuladen. Seit elf Jahren betreibt hier Vladimir Hristu, gemeinsam mit seinen zwei Brüdern und neun Angestellten das Restaurant – für die Bernauer eine gute Adresse, wenn es um gutes Essen, Geselligkeit und Service geht. »Was unterscheidet denn die Deutschen und Griechen beim Essen?«, wollte Enkelmann wissen. Die Antwort kam prompt: »Die Deutschen kommen alle um 19 Uhr und wollen um 19.30 Uhr gegessen haben. In Griechenland läßt man sich viel Zeit mit dem Essen.«

Enkelmann begrüßte den Chef des Presse- und Informationsbüros der griechischen Botschaft in Deutschland, Botschaftsrat Pantelis M. Pantelouris, der zum ersten Mal in Bernau weilte. »Zu dieser Stunde wäre so eine Veranstaltung in Griechenland nicht möglich«, äußerte er erstaunt. In lockerer Atmosphäre erfuhren die zahlreichen Gäste etwas über das Demokratieverständnis der Griechen, die noch nicht angekommenen Auswirkungen der Krise, die wirtschaftlichen Beziehungen beider Länder und natürlich auch etwas zur Kultur.



Dagmar Enkelmann im Gespräch mit Botschaftsrat Pantelis M. Pantelouris.

Für alle, die Griechenland vielleicht nur als Tourist kennen gelernt haben, war der Vormittag sehr informativ, zumal im Anschluß bei Tzatziki, Dolmadakia und vielen anderen Leckereien die Gespräche fortgesetzt wurden. Mit den Worten »Ja-Mas« (dt. auf unsere Gesundheit) erhob Enkelmann ihr Glas mit dem obligatorischen Ouzo, dankte dem Botschaftsrat für sein Kommen und der Familie Hristu für ihre Herzlichkeit. »Eine schöne Art, fremde Länder, heute Griechenland, kennen zu lernen« resümierte sie.

BÄRBEL MIERAU

* Ich weiß ja nicht, ob eine Reprise in der bbb möglich ist, aber angesichts der Reprise bei der Bundespräsidentenwahl hat der alte Text durchaus seinen Charme. Mir ist beim besten Willen nichts Neues eingefallen, wie der politischen Klasse eben auch. Ein Armutszeugnis - ich gebe es zu. Mein Schweyk schweigt. Er hat sich an den Grundbuchakten in Prag sinnlos besoffen. Hätte er sich doch an den Walnußschnaps des Kaplans gehalten oder, besser noch an das Prager Schwarzbier, aber nein, es mußten die Grundbuchakten sein, die haben ihn sprachlos gemacht. Nur Mut!

Amphitheater Begegnungsstätte Coethen

von Uwe Berger

Für eine zukünftige Jugendtheaterbegegnungsstätte suche ich Unterstützung, dieses Konzept umzusetzen. Hier könnten rund dreißig Wohn(gemeinschafts)plätze sein. 15 km von Eberswalde, 8 km von Bad Freienwalde, 44 km von Berlin entfernt. Falkenberg/Mark hat eine Bahnstation und es war um 1900 ein begehrtes Ausflugsziel von Berliner Arbeitern, um sich hier abfüllen zu lassen, um an der frischen Luft den Rausch auszuschlafen. In Coethen und Hohenfinow trafen sich 1914 die preußischen Junker, um die Teilnahme am ersten Weltkrieg zu beschließen. Aber auch das (darstellende) Theaterspiel wurde hier 1895 von Paul Matzdorf in die preußische Schule eingeführt. Daher möchte ich diese ländliche Gegend unter die geschichtliche Lupe nehmen und den wirtschaftlichen Zusammenhang der Ereignisse mit dem theatralisch-dramatischen Hintergrundrauschen vergleichen.

Demnächst spielt in diesem Theater die Gemeindevertretung wieder eine Rolle, um über die ehemalige Laurentiuschule zu beschließen (www.amt-fahoe.de/lage/falkenberg.htm). Eine Mehrheit scheint sich für eine Nutzung des Grundstückes als Altersheim für Demenzkranke entschieden zu haben. Ich versuche eine Wirtschaftsförderung für einen Neubau eines Lehmfachwerkgebäudes zu bekommen. Und »mit der ganzen Familie« demenzvermeidend gewissermaßen als Jungbrunnen im Lehm rumzuschmaddern. Der Einfall, das Leben gestalte sich wie im Film oder scheint aus einem Roman herausgefallen zu sein, taucht das erstmal nach der Verbreitung der Lichtspieltheater auf. Das Amphitheater der Antike war Anfangs »eine Kiezküche für junge Männer« um bei der Tante (Thea) und Onkel (Theo) nicht nur die Theorie sondern auch Lebenspraxis zu erleben. Die Idee, gefällt eine »Inszenierung mittelalterlichen Handwerks« mit Kindern und Jugendlichen und verschiedene Theaterstücke zu erarbeiten, die meines Erachtens eine Auseinandersetzung mit Tabak- und Kaffeekonsum beinhalten, bleibt bis dahin ungeschrieben und insofern gesehen wie versprochen. Im Laufe eines Jahres könnten in Kitas und Schulen Kurse und Seminare angeboten werden, in denen altes Handwerk (Weben, Töpfern, Holz, Metall, Kunststoff, Musik, Theater) allen Altersgruppen angeboten wird und zum Ende eines Jahres in einer gemeinschaftlichen Inszenierung, welche als gemeinsames Marktgeschehen erfahren werden kann, aufgeführt werden. Die Marktgesetze bestimmen, wer aus dem Markt ausgeschlossen bleibt – die gemeinschaftliche Inszenierung kann dies verständlich werden lassen und ermöglichen, alle mit einzubeziehen.

Wem gehören die Ideen oder wem fallen sie ein? Oder stolpern wir über unsere Ideen oder finden sie gefallen? Gesucht werden Mitspieler aller Altersgruppen von den Eltern mit ihren Kindern bis ganze Kitas und Schulklassen, sowie Studenten mit ausgefallenen Praktikumswünschen. Unter die Zeitlupe nehmen wir hier die gesellschaftlichen Rituale des Erwachsenwerdens auf die Schippe. Welche Rituale sehen Kinder bei den Erwachsenen, welche sind heimlich gelernt und was bewirkt Werbung im Ausdruck der Gemeinsamkeit?

Zum Tabak und Kaffee »Genuß« bieten sich verschiedene Theaterstücke und Romane des 19. Jhrt. an (z.B. »Pentesilea« von H. v. Kleist, »Nacht-Gedanken« anonym).

Um 1800 war Rauchen und Kaffeetrinken hinter der Stadtmauer Berlins untersagt. 1810 wurde dieses Gesetz auch nach Charlottenburg und Tiergarten ausgeweitet; ein Jahr später erschießt sich Kleist mit einer krebserkrankten Frau zusammen in Wannsee. 1848 sind die drei Revolutionsforderungen für Berlin: Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit und Rauchfreiheit in der Stadt! Unter diesem Gesichtspunkt ist »Pentesilea« ein Dokument dieser Zeit und auch heute gültig. Nur die Mauer ist weg, alles andere sucht tüchtig wie immer.

Hierfür möchte ich eine internationale Amphitheater Begegnungsstätte Coethen zu gründen. Was für den Beginn der »Theaterarbeit« aber erst einmal nebensächlich ist. Der Ort Coethen kann als Verbindung zwischen Polen und Frankreich auf dem Jakobsweg gesehen werden, der im 14. Jhrt. von den Zisterziensern gegründet wurde. Es würde mich freuen hierfür auch den sinnfreiheit-suchenden einen Rastplatz auf dem Weg globaler Glaubensrichtungen anzubieten. In Coethen (2 km vom Bahnhof Fußweg) ist ein 2,5 ha großes Grundstück mit 2.000 m² Hausnutzfläche zu erwerben (www.amt-fahoe.de/lage/falkenberg.htm). Daneben hält die Treuhand ein 8 ha großes Waldgrundstück neben der Quelle in Coethen, welche mit einem umfassenden Projekt zur Naherholung für Familien, Kitas und Schulklassen mit neuem Leben erfüllt werden kann. Hier eine zukunftsweisendes Feld-, Wald- und Wiesenkonzept zu entwickeln, welches moderne Architektur mit natürlicher Ressource verbindet und eine kommunale, nachhaltigste, sinnfreie Nutzung ermöglicht. (z.B. Chronos in Baumkronenpfaden mit Chor und Orchester). Das besinnliche Geschwisterpaar Theater und Theorie kann hier ihre gesellschaftliche Wirkung entfalten.

Da in Coethen von Paul Matzdorf (Dorflehrer 1895-1924) die »Volksbühne«, der »Kaisergeburtstag« und das Theaterspiel in der preußischen Schule eingeführt wurde, ist es nahelie-



gend diese Tradition in Coethen wiederzubeleben. Zu einem jährlichen Festival können Kitas, Schulen und Jugendtheatern angeboten werden ihre Stücke in natürlichen Amphitheatern aufzuführen. Seit der Erneuerung des Kirchenraumes werden hier sehr unterhaltsame Weihnachtsinszenierungen dargeboten. Es schließt sich die abschüssige Straße nach Falkenberg an, ein Seifenkistenrennen im Sommer zu veranstalten. Für Schulklassen kann es zum Ausflugsziel werden das Hohenfinower Museum zu besuchen und mehr über den Ort der preußischen Junker zu erfahren, an dem sie sich zum Beitritt mit Österreich in den Ersten Weltkrieg hinreißen ließen.

100 Gästezimmer gibt es schon in Falkenberg nach Bedarf könnten weitere Räume für Familien und Gruppen erschlossen sein. Verschiedenste Werkstätten (weben, töpfern, Holz, Metall, Musik, Kunststoff) sollen naheliegend für die allgemeine Nutzung zur Verfügung gestellt werden. Auch hier bietet sich eine runde Überdachung mehrerer kleiner Gebäude mit einer Klarsichtfolie an, nach einer Idee von Lothar Kühne »villa rotunda«, das Ideal des gotischen Hauses, genannt. Eine Wiederinbetriebnahme des dörflichen Backhauses und die kulturelle Mitnutzung des Kirchenraumes, sowie die Vorbereitung eines selbstverwalteten Verkehrswegeplans, um Barnim und MOL von Berlin leichter zu erreichen (und umgekehrt den Landbewohnern die Hauptstadt erschwinglicher zu machen).

Kontakt: bergeruwe@yahoo.de, Coethen 94, 16259 Falkenberg/Mark, tel.: 033458-30846

Energieleitungsausbaugesetz (EnLaG):

Soeben beschlossen – schon novellierungsbedürftig

Am 7. Mai hat der Bundestag das Energieleitungsausbaugesetz (EnLaG) mit den Stimmen der Koalition und der FDP gegen die Stimmen der Bündnisgrünen und der Linkspartei beschlossen. Petra Bierwirth (SPD), Vorsitzende des Umweltausschusses hat gegen das Gesetz votiert und damit signalisiert daß sich der federführende Wirtschaftsausschuß zuwenig kompromißbereit gezeigt hat. Umweltpolitische Gesichtspunkte wurden dort einfach untergebuttert.

I. Die Defizite des Gesetzes

1. Die Auswahl der Pilotprojekte zur Erdverkabelung ist unverändert. Die von Vattenfall geplante »380-kV-Uckermarkleitung« fehlt im Katalog der Pilotprojekte. Damit erteilt der Bundestag den Forderungen der Erdverkabelung der »Uckermarkleitung« eine deutliche Abfuhr.

2. Die Entscheidung über die Teilverkabelung der vier Pilottrassen liegt einzig bei den Netzbetreibern, den vier größten Energiekonzernen (EON, Vattenfall, RWE und Badische Energieversorgung). Das Gesetz enthält keine zwingenden Vorschriften, sondern macht nur den Weg frei, falls ein Konzern auf einer der Trassen eine Erdverkabelung wünschen sollte.

3. Dies gilt auch für den von der SPD als Erfolg gefeierten Einstieg in die Erdverkabelung auf der 110-kV-Ebene und in die Höchstspannungsgleichstromübertragungstechnologie (HGÜ).

4. Das EnLaG zählt 24 Höchstspannungstrassen namentlich auf, die beschleunigt ausgebaut werden sollen, angeblich um die Energie aus den norddeutschen Windparks und den Off-Shore-Windfeldern ins bundesdeutsche Netz einzuspeisen. Tatsächlich geht es aber darum, den europäischen Strommarkt herzustellen, indem die Anbindungen an die Netze der Nachbarstaaten aufgerüstet werden. Im Fall der »Uckermarkleitung« geht es um die Anbindung an Polen und die Einspeisung Stroms aus den polnischen Kohlekraftwerken und aus dem in Planung befindlichen AKW-Gryfino. Atomstrom hat Zukunft! (*Der AKW-Protest auch!*)

Um den Ausbau der Trassen zu beschleunigen, wird der Rechtsweg für Kläger gegen die Trassen verkürzt. Abweichend vom normalen dreizügigen Verwaltungsverfahren wird hier unmittelbar vom Bundesverwaltungsgericht in erster und letzter Instanz entschieden. Dieses rechtsstaatlich bedenkliche Verfahren habe sich, so die Befürworter, beim Verkehrswegeplan Ost und bei der Planung von ICE-Trassen bewährt.

5. Energieintensive Industrien (z.B. Aluminiumhersteller) werden von der Zahlung der Netzgebühren befreit – im Klartext, die Stromkosten der energiesparenden Kunden steigen.

Kurz: Das EnLaG trägt die Handschrift der Energiekonzerne, ist rechtsstaatlich bedenklich, bürgerfeindlich und umweltschädlich. Es widerspricht den Zielen des Netzausbaus des Umweltministeriums (»roadmap 2020«).

II. Unhaltbare Begründungen

Sowohl Staatssekretär Schauerte als auch die Sprecher der Koalitionsparteien stützten ihre inhaltliche Begründung, weshalb die Zahl der Pilotprojekte nicht ausgeweitet und weshalb die Erdverkabelung im Höchstspannungsbe-

reich nicht umfassender und präziser geregelt wurde, auf die Darstellungen von Vattenfall. Vattenfall hat immer wieder erklärt, Erdkabel seien zu teuer (bis zum zehnfachen der Freileitungen), Erdkabel seien havarieanfällig, da die Technik nicht ausgereift sei; Erdkabel seien eine Belastung für die Umwelt und gerade in Naturschutzgebieten nicht vertretbar. Diese Darstellung, die in den Materialien für die Anhörung im Wirtschaftsausschuß und in diversen PR-Broschüren des Konzerns vor allem als Bilderserie vorgelegt wurde, ist nachweislich sachlich falsch, einfach unhaltbar. Das wurde in der öffentlichen Anhörung im Wirtschaftsausschuß deutlich, das geht aus den Gutachten von Prof. Jarass und den Erläuterungen von Europacable und dem Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie e.V. hervor.

Wesentliche Tatsachen wurden von Staatssekretär Schauerte und den Sprechern der Koalitionsparteien Hempelmann (SPD) und Joachim Pfeiffer (CDU) schlicht ignoriert:

1. Beim betriebswirtschaftlichen Kostenvergleich sind neben den Investitionskosten auch die hohen Energieverluste, die damit verbundenen Emissionskosten sowie die höheren Betriebskosten bei Freileitungen zu vergleichen.

2. Bei einer Wirtschaftlichkeitsprüfung sind die externen Effekte zu berücksichtigen: der Wertverlust der Immobilien in Trassennähe, die negativen wirtschaftlichen Auswirkungen auf den naturnahen Tourismus usw.

3. Die höhere Havarieanfälligkeit von Erdkabeln ist von Vattenfall nur behauptet, nicht belegt. (Der von Vattenfall behauptete Havarietfall in Adlershof 1998 konnte bei meinen Archivanfragen beim Tagesspiegel und bei der Berliner Zeitung nicht verifiziert werden.)

4. Freileitungen stellen durch die größere Trassenbreite bei der Durchschneidung von Waldgebieten, durch die Gefährdung der Vögel und die Zerstörung des Landschaftsbildes eine stärkere ökologische Belastung dar, als Erdkabel, die in 1,50 m Tiefe verlegt werden und eine Trassenbreite von ca. 10-15 m haben. Auch die in Abständen notwendigen Muffenbauwerke stören das Landschaftsbildes bei weitem nicht so, wie die 60 m hohen Freileitungsmasten.

Der Auftritt des CDU-Abgeordneten Pfeiffer im Bundestag war ein Gipfel an Feinlichkeit und hatte nach der Intervention des Abgeordneten Hill (Linkspartei) nahezu stoibersche Qualität. Die umwelt- und energiepolitischen Positionen von Bündnisgrünen und Linkspartei wurden im parlamentarischen Verfahren nicht berücksichtigt. Inhalt und Begründung tragen mit geradezu peinlicher Deutlichkeit die Handschrift der Energiekonzerne.

Deshalb wird sich die Forderung nach einer Novellierung des Gesetzes in der öffentlichen Diskussion bald durchsetzen. Dieses Gesetz, das u.a. auch zur Beschwichtigung des Trassenprotests dienen sollte (Pilotprojekte), wird die Trassengegner eher auf die Barrikaden treiben.

III. Konsequenzen

Für die Bürgerinitiative »Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat« ist das EnLaG in der vorliegenden Form eine herbe Enttäuschung. Die »Uckermarkleitung« gehört nicht zu den Pilotprojekten, bei denen Erdverkabelung ermöglicht wird. Da aber auch bei den Pilotprojekten auf jede zwingende gesetzliche Vorschrift zur Erdverkabelung verzichtet wird, hält sich der Schaden in Grenzen. Selbst wenn die »Uckermarkleitung« zu den Pilotprojekten zählen würde, müßte in zähem Ringen mit Vattenfall vor Ort jeder Meter Erdverkabelung erfochten werden. Gerade dieser Konzern ist der entscheidendste Gegner der Erdverkabelung. Mit der Verabschiedung des EnLaG und dem Scheitern des brandenburgischen Erdkabelgesetzes gewinnt die kommunale Ebene für den Trassenprotest an Bedeutung. Hier ist an wichtige Beschlüsse des Kreistags, der Stadtverordnetenversammlungen von Eberswalde und Angermünde und der Gemeindevertreter von Chorin im Dezember 2008 zu erinnern, in denen die Freileitung abgelehnt und Erdverkabelung gefordert wird. Diese Beschlußlage muß bei den Stellungnahmen der Kommunen im anstehenden Planfeststellungsverfahren wirksam werden. Vattenfall beantragt eine 380-kV-Freileitung im Planfeststellungsverfahren, diese Freileitung ist bei Wahrnehmung der kommunalen Belange nicht genehmigungsfähig. Hier sollten alle mit dem Planfeststellungsverfahren befaßten Verwaltungen (kommunale Bauabteilungen, untere Naturschutzbehörde...) an einem Strang ziehen.

Den Naturschutzverbänden kommt bei der Wahrnehmung ihrer Beteiligungsrechte eine große Bedeutung zu. Auch hier sollten die Stellungnahmen eindeutig sein und der planfeststellenden Behörde, dem Bergamt in Cottbus, keinen Auslegungsspielraum überlassen. Von besonderer Bedeutung sind die Bürger. Sie sollten ihre Beteiligungsrechte wahrnehmen und Einwendungen formulieren. Die Bürgerinitiative wird dazu ein Informationsblatt herausgeben und Bürgerversammlungen in Abstimmung mit den Ortsvorstehern und Mandatsträgern durchführen. Es gilt nach wie vor:

Nicht über unsere Köpfe! Keine Freileitung durch die »Biosphäre« und Wohngebiete!

HARTMUT LINDNER

1. Mai in Mescherin

Es war ein »Geheimtip«, den ich erhielt. Zu dritt machten wir uns auf den Weg nach Mescherin. Dort organisiert die Ortsgruppe der Linken aus Gartz schon seit 19 Jahren Veranstaltungen zum 1. Mai.

Wie ist die Idee entstanden? Das erfuhr ich vom Cheforganisator Rainer Maschke vor Ort. Es war vor dem 100. Jahrestag des 1. Mai als Feiertag der Werktätigen im Jahr 1990, als die Idee entstand. Etwa zehn Linke saßen am Feiertag zusammen. Sie hatten Infomaterial ausgelegt. Eine Radwandergruppe kam vorbei und hielt an. Man schaute sich das Infomaterial an und bemerkte, daß man sich damit identifizieren konnte. Damit war die Idee geboren, in Mescherin den 1. Mai zu feiern. Es fing alles klein an, aber im Laufe der Jahre wurden es immer mehr Akteure. Ursprünglich sollten die Aktionen am 1. Mai in Gartz stattfinden. Aber der damalige Amtsdirektor hatte etwas dagegen. So kam man auf Mescherin.

Der Mescheriner Festplatz liegt günstig an der Oder. Mehrere hundert PKW zählte ich in diesem Jahr. Und auch der An- und Abtransport mit Bussen war organisiert worden. Offiziell wurden ca. 1.000 Gäste gezählt. Da aber am gleichen Tag im Ort noch ein Fest des Reit- und Fahrvereins »Unteres Odertal« stattfand und Gäste beide Veranstaltungen besuchten, waren es sicher noch mehr. Es kamen auch viele jüngere Besucher und polnische Nachbarn über die Oder.

Ein reichhaltiges kulturelles Programm auf der Bühne fand den Anklang vieler Festwiesensbesucher. So waren u.a. das Blasorchester »Dolna Odra« aus dem benachbarten polnischen Gryfino, die Country Tanzgruppe aus Prenzlau, der Stadtchor aus Gartz, die Schalmeienkapelle aus Geesow, eine Jugendband aus Angermünde, eine polnische Gruppe mit mexikanischer Folkloremusik und viele andere mehr im Laufe des Tages zu erleben. Natürlich war auch für die Jüngeren etwas los! Für das leibliche Wohl war rundherum gesorgt.

Zwischendurch wurden auch Landtags- und Bundestagskandidaten der Linken vorgestellt. Parteien, Gewerkschaften und Vereine hatten ihre Stände aufgebaut.

Wie in jedem Jahr wurden Spenden für einen bestimmten Zweck gesammelt. Es kamen über 1.300 Euro zusammen. Dieses Geld wird für die Erstausrüstung bei der Einschulung von Hartz IV Empfängerkindern verwendet. In den letzten Jahren wurden die Spenden u.a. für das Theater »Stacheldraht«, LISA und Cuba eingesetzt.

Was auch sehr bemerkenswert war und ist, die Linken hatten in all den 19 Jahren ein Bündnis mit dem »Lieben Gott« geschlossen – es gab nie schlechtes Wetter. Und das soll auch nächstes Jahr zum 20-jährigen Jubiläum so bleiben.

HANS-JÜRGEN MÜLLER, Eberswalde

Karl Marx im 21. Jahrhundert (9)

Tücke im Kampf um Menschenwürde

von Dr. Rainer Thiel

Im Manifest hatten Marx und Engels von der »Epidemie der (kapitalistischen) Überproduktion« und den Krisen in der Wirtschaft gesprochen. Neunzehn Jahre später spricht das Friedrich Engels mit anderen Worten aus in einer Rezension zum ersten Band von Marx DAS KAPITAL: »Das eigentümlichste ist der versuchte Nachweis, daß neben der Konzentration und Akkumulation des Kapitals und schritt haltend mit ihr die Akkumulation einer überzähligen Arbeiterbevölkerung vor sich geht und daß beide zuletzt eine soziale Umwälzung einerseits notwendig, andererseits möglich machen.« (MEW 16 S. 213)

Marx und Engels hatten vor allem Mut zu machen, doch die Tücken haben sie ebenfalls erkannt und benannt. Also:

Die Produktionsmittel befinden sich in Privathand. Zugleich ist der Arbeiter **Nicht-Eigentümer** von Produktionsmitteln. Vor allem ist er **Nicht-Eigentümer** der industriellen Produktionsmittel, ohne die nichts mehr geht in der modernen Gesellschaft. Der **Nicht-Eigentümer** hat nur seine Arbeitskraft, und die muß er dem Eigentümer der Produktionsmittel verkaufen, stundenweise, tageweise, wochenweise. Wenn der Privateigentümer befindet, die Produktionsmittel anzuhalten, weil ihm der Gewinn nicht auszureichen scheint, kann der Arbeiter seine Arbeitskraft nicht mehr verkaufen. Da sitzt er – samt Familie – auf dem Trockenen. Das kann sich der Arbeiter – bei Strafe Bettler zu werden – nicht leisten. Er ist also durch den Privateigentümer erpreßbar. Er kann mit seiner Gewerkschaft die Erpreßbarkeit vermindern, doch er bleibt erpreßbar.

Und das nutzt der Eigentümer aus: Entweder du arbeitest zu meinen Bedingungen, oder du kriegst deinen Arbeitsvertrag nicht verlängert, dann bist du erwerbslos. Ich bin der Arbeitsplatz-Geber, du bist der Nehmer. Du bist abhängig von mir. Und so sehen sich die Arbeiter als »Nehmer der Arbeit«.

Der Privateigentümer der modernen Produktionsmittel ist also nicht schlechthin Eigentümer. Er ist potentieller und oft auch aktueller Erpresser. Als einzelner Privateigentümer ist er noch am ehesten angreifbar. Doch alle zusammen sind als Eigentümer-Klasse organisiert: In Unternehmer-Verbänden, als Wortgeber der Politik und von Medien, als Federführer der Gesetzgebung mit Hilfe von Parteien und mit der Auslegung von Gesetzen durch die Justiz, die sich dem Privateigentum an den Produktionsmitteln verpflichtet fühlt. Da kann dem Arbeiter durch den Staat noch so viel Meinungs-Freiheit zugestanden werden – er bleibt erpreßbar. Da kann der Arbeiter noch so sehr zum Totengräber dieses Systems der Erpreßbarkeit werden wollen – der Kapitalismus droht dem Arbeiter mit der Vernichtung

seiner Lohnarbeiter-Existenz, gerade dann, wenn Arbeiter ihre Erpreßbarkeit vermindern wollen, zum Beispiel durch Vereinigung mit ihresgleichen.

Die Erpressung beginnt sanft: Die Arbeitenden, die mit ihrer Arbeitskraft Arbeit leisten, werden »Arbeitnehmer« genannt. Wer aber die Arbeitskraft und die Resultate der Arbeit nimmt, wird »Arbeitgeber« genannt. Müßte es nicht umgekehrt sein?

Härter wird es, wenn um den Arbeitslohn gerungen wird: Wo verläuft die Grenze, die dem Eigentümer der Produktionsmittel zugestanden werden kann, um die Produktion zu erweitern? Um zu akkumulieren?

Und wenn Eigentümer der Produktionsmittel zu viel akkumulieren? Zum Beispiel für neue Fabriken? Wenn dann unterm Strich mehr produziert wird, als verkauft werden kann, weil die Kaufkraft nicht nachgekommen ist? Dann beginnt es mit Entlassungen. Aber kein Arbeiter will entlassen werden. Er will seine Familie ernähren, er will den Standard halten. Er will kaufen, was ihm aufgeschwätzt wird durch die Konsum-Werbung. Und er will fähig bleiben, Kredite zu tilgen. Und jetzt sagt ihm der Eigentümer: Verzichte auf Inflationsausgleich, begnüge dich mit weniger Kaufkraft, arbeite länger, damit ich niemanden neu einstellen muß, verlängere deinen Arbeitstag, sei froh, wenn du nicht entlassen wirst und glaube nicht, daß ich dir die Verlängerung deiner Arbeitszeit bezahle. Dem Arbeitenden scheint die Pistole auf die Brust gesetzt.

Da werden die Arbeitenden unsicher. Einige beginnen sich zu wehren, andere meinen: Bloß nicht wehren, sonst werde ich entlassen und bin erwerbslos. Das erste Jahr wird's noch gehen, du hast in die Arbeitslosen-Versicherung eingezahlt, doch was wird ab zweitem Jahr? Da bist du Hartz IV. Und wenn der Arbeitsmann, die Arbeitsfrau wüßten, daß Hartz IV noch viel schlimmer ist als angenommen, dann bricht bei ihm, bei ihr die Panik aus:

Um Gottes willen, verliere bloß nicht deinen Arbeitsplatz. Rackere lieber noch ein bißchen mehr, rackere noch ein paar Stunden länger und frage nicht, ob du das bezahlt kriegst. Dann macht er, dann macht sie, was der Eigentümer will. Hat er, hat sie sich also nicht erpressen lassen? Niemand gesteht sich gerne ein, erpresst worden zu sein. Also denke nicht darüber nach und nimm die Dinge, wie sie kommen.

Und weil das so ist, hat es die Eigentümer-Schaft sehr gern, daß es Millionen Erwerbslose gibt. Denn diese Millionen sind sein Erpressungsmittel: »Ich kann dich raus-schmeißen.«

Fortsetzung folgt

Treffen zum Baumschutz in Eberswalde

Am 22. April trafen sich in der Freien Oberschule Finow Naturschützer mit Stadtverordneten und weiteren Interessenten, um über Möglichkeiten eines verbesserten Baumschutzes im Landkreis Barnim und in der Stadt Eberswalde zu beraten. Dr. Günter Riedel und Dr. Andreas Steiner von der AG Barnimer Baumschutzsatzung hatten zu diesem Treffen eingeladen.

Der Vorsitzende des Umweltausschusses des Kreistages, Dr. Michael Luthardt, stellte zunächst klar, daß von einer Verlängerung der landesweiten Baumschutzsatzung über den 31. Dezember 2009 hinaus für mindestens zwei Jahre ausgegangen werden kann. Somit besteht derzeit keine unmittelbare Gefahr, daß der gesetzliche Schutz für Bäume generell entfällt. Die bestehende Landessatzung bewerteten die Diskussionsteilnehmer allerdings als unzureichend für einen wirksamen Baumschutz.

Dr. Luthardt informierte außerdem darüber, daß im Umweltausschuß des Kreises bis zum Herbst ein Entwurf einer Rahmensatzung für den Baumschutz im Barnim erarbeitet wird, der dann im Kreistag beschlossen werden soll.

Darin wird es eine Empfehlung an die Kommunen geben, eigene Baumschutzsatzungen zu erlassen, um die Rahmenregelung zu konkretisieren.

Die Baumschützer beschlossen daraufhin, die Arbeit an einem eigenen Entwurf für eine Baumschutzsatzung fortzusetzen und diesen rechtzeitig in die Diskussion im Kreis und in der Stadt Eberswalde einzubringen. Noch offene fachliche Fragen zum Beispiel zu optimalen Zeitpunkten für Baumschnittmaßnahmen sollen bis dahin geklärt werden. Dr. Luthardt schlug vor, die Ergebnisse der Diskussionsrunde in den kreislichen Umweltausschuß einzubringen und bot der AG Barnimer Baumschutzverordnung an, dem Ausschuß in dieser Thematik beratend zur Seite zu stehen.

Mit der Fraktionsvorsitzenden der Grünen im Eberswalder Stadtparlament, Karen Oehler, verständigte man sich darauf, zunächst die kreisliche Regelung abzuwarten, bevor in Eberswalde über einen Antrag für eine eigene Baumschutzsatzung abgestimmt wird.

KAREN OEHLER, Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Grüne in der StVV Eberswalde

Bäume brauchen Wasser

Eberswalde (as/bbp). In der neu gepflanzten Birkenallee an der Messingwerkstraße zwischen Finow und Lichterfelde, der eine alte lückenreichen Allee weichen mußte und welche vom Verkehrsminister Dellmann im letzten Jahr unter großem medialem »Bim-Bamborium« der Segen erteilt wurde, leiden bereits viele Bäume unter Wassermangel. Mindestens zwei Birken haben vollständig vertrocknete Blätter, etliche weisen bereits im ersten Anwuchsjahr Zweigdürre auf. Erbärmlich sieht auch der Zustand der mehrere Jahre alten Eichen an der Messingwerkstraße nahe der Mäckerseebrücke aus. Sehr viele haben Zweig-

dürre, die ebenfalls auf Wassermangel hindeutet. Die zur gleichen Zeit neu gepflanzten Linden in Richtung Lichterfelde befinden sich hingegen in einem guten Zustand.

Der Baumspezialist Dr. Andreas Steiner empfiehlt daher das Gießen der unter Wassermangel leidenden Bäume in kleineren Zeitabständen, insbesondere während längerer Trockenperioden. Dieser Ratschlag gelte für den gesamten Bereich Eberswalde. Bei den gepflanzten Bäumen handele es sich um teure Baumschulware. »Es wäre rausgeworfenes Geld, wenn man sie aus Nachlässigkeit verdorren läßt«, so Dr. Steiner.

Neue Straßenreinigungssatzung 2009

Neupflanzungen ersetzen erkrankte Straßenbäume in Ebert- und Eisenbahnstraße

Eberswalde (bbp). Im Jahr 2009 soll die Straßenreinigungssatzung der Stadt Eberswalde aktualisiert werden, heißt es in der Antwort des Baudezernenten Dr. Gunther Prüger auf eine Anfrage des linken Stadtverordneten Jörg Schneidereit (vgl. BBP 5/2009). Auch die aktualisierte Satzung soll beim Winterdienst die Regelung enthalten, wonach »Salze oder sonstige auftauende Stoffe ... auf Gehwegen grundsätzlich nicht zulässig« sind. Die Stadtverwaltung werde im nächsten Winter verstärkt Kontrollen zur Einhaltung durchführen sowie über Öffentlichtkeitsarbeit nochmals auf den Tatbestand und mögliche Folgen aufmerksam machen. Auftausalze tragen in erheblichem Maße zum Absterben der Straßenbäume bei. Als vor

einigen Jahren die Eisenbahnstraße und die Friedrich-Ebert-Straße ausgebaut wurden, sind dort 84 bzw. 37 Straßenbäume neu gepflanzt worden. In diesem Frühjahr mußte etwa jeder zehnte Baum ersetzt werden. Der Baudezernent nennt als Ursache des Baumsterbens nicht überwallte Stammrisse (Sonnennekrosen), Anfahrschäden, schlechte Entwicklung und »auch Verschlechterungen der Standortbedingungen allgemein«. Diese negativen Einflüsse hätten dazu geführt, daß neun Bäume so stark geschwächt waren, daß sie vom gemeinen Spaltblättling befallen wurden. Insgesamt wurden in diesem April in der Friedrich-Ebert-Straße vier und in der Eisenbahnstraße neun Bäume neu gepflanzt.

Recyclingpapier

Eberswalde (bbp). Für den Sitzungsdienst der StVV (Einladungen, Vorlagen, Protokolle etc.) wird künftig umweltfreundliches Recyclingpapier verwendet. Das beschlossen die Eberswalder Stadtverordneten am 30. April auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne. Auch in den anderen Bereichen der Stadtverwaltung soll bei der Nutzung von Papier und sonstigem Büromaterial auf größtmögliche Umweltverträglichkeit orientiert werden. Die Beschaffung soll entsprechend schrittweise umgestellt werden. Nach halbjähriger Probezeit soll die Verwaltung über die gemachten Erfahrungen berichten. Die Barnimer Kreisverwaltung verwendet bereits seit Anfang der 90er Jahre vorwiegend Recyclingpapier.

»Antwort wird nachgereicht«

Eberswalde (bbp). Zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 26. März hatte die Fraktion Die Linke eine Anfrage über die »Aufgaben im Bereich Umwelt und Natur« in der Eberswalder Stadtverwaltung eingereicht. Der Bürgermeister hatte eine schriftliche Beantwortung zugesagt (BBP 4/2009). Als die StVV-Vorsitzende Dr. Ilona Pischel einen Monat später dem Baudezernenten Dr. Gunther Prüger das Wort zur Beantwortung der Anfrage erteilte, beschränkte sich dieser in seiner gewohnt minimalistischen Art auf die Aussage, daß die Antwort nachgereicht werde. Unter den Mitte des Monats versandten Unterlagen zur Mai-StVV suchte man diese Antwort noch immer vergebens. Bis 1996 waren die Umweltaufgaben in einem eigenen Umweltamt zusammengefaßt.

Verkehrswende im Land?

Mobilität ist ein Grundbedürfnis. Aber wie kann in einem Flächenland wie Brandenburg die Versorgung mit Bussen und Bahnen gesichert werden? Wie kann man sie ausbauen? Wie werden soziale und ökologische Anforderungen an Mobilität unter einen Hut gebracht? Was ist linke Verkehrspolitik?

Diesen Fragen wird auf der Verkehrskonferenz »Verkehrswende für Brandenburg? Umweltgerechte Mobilität für alle!« von der Landesarbeitsgemeinschaft Umwelt bei der LINKEN, Landesverband Brandenburg nachgegangen. Sie findet am 13. Juni von 10 bis 16 Uhr im Haus der Natur (Potsdam) statt.

Vorträge aus den Bereichen Wissenschaft, Verbraucherschutz, Umweltschutz, Landespolitik und Gewerkschaften führen ins Thema ein. Während der anschließenden Podiumsdiskussion »Verkehrswende für Brandenburg: Umweltverbund für die Region?« gibt es Raum für breite Debatten. Dazu laden wir auch Sie herzlich ein! Um Anmeldung wird gebeten: lag-umwelt@dielinke-brandenburg.de

CHRISTIAN REHMER, LAG Umwelt

Krieg und Volk der Deutschen und die Wirtschaft

Ein privater Fernsehsender zeigte einen Streifen über den Krieg in Europa. Dabei kam heraus: Die meisten Deutschen sind Hitler gefolgt. Die ersten Judenverfolgungen haben sie mitgenommen, auch wenn es ihr Nachbar war mit seinen Kindern, der plötzlich verschwand. Da hatten sich die meisten Deutschen schon mitschuldig gemacht. In diesem Punkt war der private Fernsehsender mutiger als das Fernsehen der DDR. Man wußte dort, daß die meisten Deutschen mitschuldig waren, doch man hat es ihnen nicht aufs Butterbrot geschmiert. Die Bürger der DDR sollten das Gefühl haben, zu den Siegern der Geschichte zu gehören. Das war ja auch nicht ganz verkehrt.

Im privaten Fernsehsender ging es aber weiter: Es kam der Krieg, Familienväter wurden zum Dienst gezogen, sie marschierten in viele Länder, in Stalingrad wurden sie gestoppt, wer in der Schlacht übrig blieb, fast verhungert, fast erfroren, zog in die Gefangenschaft, vorbei an Leichen, ihr Blut hatte den Schnee rot gefärbt. Und so weiter. Im Hinterland waren Gruben ausgehoben, am Rande standen Juden und Bolschewisten. Sie wurden erschossen und fielen in die Grube. In Deutschlands Städten wurden Juden gesammelt und mit der deutschen Bahn zum Vergasen nach Auschwitz gefahren. Ganz am Schluß tobte die Schlacht um Berlin. Sowjetsoldaten zogen die rote Fahne auf dem Reichstag hoch. Auch das wurde ehrlich gezeigt.

Doch wie war es zu dem Krieg gekommen? Der Fernsehsender meinte, als Hitler die Autobahn bauen ließ, hat er sich verschuldet. Er hatte Schulden gemacht, um Arbeitsplätze zu schaffen. Und nun, in Schulden verstrickt, wußte er nicht mehr weiter. Hitler hatte auch viele Flugzeuge und Panzer bauen lassen, damit Deutschland wieder stark würde, auch das schuf Arbeitsplätze, und die Schulden wuchsen. Ich weiß noch, wie ich als Kind im Bäckerladen ein Plakat gesehen habe, wo Hitler sich

rühmte, neunzig Milliarden für die Rüstung gegeben zu haben. Das muß im sechsten Jahr der Machtübergabe an Hitler gewesen sein. Neunzig Milliarden waren damals so viel Teil vom Nationaleinkommen wie später eine Billion Euro. Damals war auch die Butter schon teurer geworden. Im Film sah es aus, als hätte sich Hitler im sechsten Jahr seiner Macht zum Krieg entschlossen, wegen der Schulden.

Da stutze ich. Hatte Hitler nicht schon 1925 in seinem Buch geschrieben: Wir Deutschen sind ein Volk ohne Raum. Ich hasse Bolschewisten und Juden. Ich will Lebensraum im Osten. Hatte das Hitler nicht in seinem Buch schon acht Jahre vor seinem Machtantritt verkündet? Hatte nicht Thälmann gerufen: Wer Hitler wählt, der wählt den Krieg? Hatte nicht die deutsche Industrie schon Panzerschiffe gebaut, jedes mit Kanonen vom Kaliber 28, um auch auf See stark zu werden? Hatten nicht Kommunisten und Sozialdemokraten einen Volksentscheid gegen die Panzerschiffe nur ganz knapp verloren? Warum eigentlich?

Trotzdem schwankte der Wähleranhang Hitlers zwischen Aufstieg und Abstieg. Arbeitslose wählten gern kommunistisch, viele Arbeiter und Angestellte wählten Hitler. Dem Aufstieg Hitlers in der ärgsten Wirtschaftskrise folgte ein Abstieg, als neue Konjunktur möglich zu werden schien. Eigentlich war ja der großen Industrie der Hitler zu plebejisch. Unter seinen Anhängern waren auch Proletarier. Hitler warb um sie. Deshalb nannte er sich »Nationalsozialist«. Wir sind ja auch heute nicht pingelig, statt einfach »Nazi« zu sagen.

Jedenfalls, das Wörtchen »Sozialist« gefiel der Wirtschaft nicht. Nur was Hitler wollte, gefiel ihr doch. Hitler stellte große Rüstung in Aussicht. Deshalb dachten die größten Unternehmer ein Stück weiter. Hitler wurde von ihnen eingeladen, sie wollten von ihm selber hören, was er will. Sie unterstützten ihn mit Geldern, und um die Jahreswende 1932/33, als

Hitlers Partei an Wählerstimmen verloren hatte, wurde ihnen mulmig. Also: Weil Hitler große Rüstung in Aussicht stellte, ersuchten sie den Reichspräsidenten Hindenburg, dem Hitler die Macht zu geben. Und so geschah es. Hitler erzählte dem Volk, er wäre der Held und hätte die Macht ergriffen, doch sie war ihm übergeben worden. Die Autobahnen kamen der Autoindustrie zustatten und der deutschen Wehrmacht mit dem Eisernen Kreuz: Sie bekam Verkehrswege, um blitzschnell Truppen in alle Himmelsrichtungen zu verlegen. Hitler wollte ja vor allem den Blitzkrieg, wie vor ihm Kaiser Wilhelm. Davon kein Wort im Fernsehsender, im Jahre 2008. Dem Volk der Deutschen wurde in Erinnerung gerufen, was der Krieg war. Dem Volk der Deutschen wurde vor Augen geführt: Ihr habt gesündigt. Ihr habt euch gefreut, wieder Arbeit zu haben. Ihr habt euch so sehr gefreut, daß ihr vergessen habt, bald schon wieder am Essen sparen zu müssen.

Aber kein Wort über die Wirtschaft, die an der Rüstung verdiente und die Kommunisten loswerden wollte. Kein Wort davon. Nur einmal, als Hitler längst am Ruder war, Bild und Wort des größten Wirtschafts-Mannes, Krupp mit Namen, wie er von einer Tribüne herab ruft, unseren Führer Adolf Hitler zu verehren. Im Sechzig-Minuten-Film fünf Sekunden.

Da fragte ich mich: Was will uns der Sender sagen? Will er sagen: Leute, wenn Deutschland Schulden macht, dann seid ihr selber schuld? Fragt nicht, wie eure gewählten Politiker zur großen Wirtschaft stehen. Fragt nicht, wie viel Arbeitslosigkeit die Wirtschaft braucht als Druckmittel auf die Jobbenden, damit sie stille halten. Fragt nicht, was die Wirtschaft mit Globalisierung meint. Fragt nicht, warum Politiker Kampftruppen nach Afghanistan schicken, wo sie ihr Leben verlieren können. Wir sind ein freier Sender und finanzieren uns mit Werbung.

Dr. RAINER THIEL

Wanderausstellung:

»Volk auf dem Weg - Geschichte und Gegenwart der Deutschen aus Rußland«

Am Dienstag, 9. Juni, eröffnetet der Barnimer Landrat Bodo Ihrke im Kreishaus Eberswalde um 18 Uhr die Wanderausstellung »Volk auf dem Weg« zur Geschichte und Gegenwart der Deutschen aus Rußland. Die Gesangsgruppe »Kalinka« aus Bernau und der Frauenchor des Kontakt Eberswalde e.V. umrahmen die Eröffnung musikalisch. Alexander Rupp, Vorsitzender der Landesgruppe Berlin-Brandenburg der Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland e.V., und Hartwin Schulz, Sozialdiakon und Mitarbeiter der Evangelischen Kirchengemeinde Finow halten Grußworte.

Anschließend geben Jakob Fischer und Josef Schleicher, Projektleiter der Ausstellung, eine Einführung zum Thema: »Geschichte und Kul-

tur der Deutschen in Rußland/UdSSR/GUS und Integration der Rußlanddeutschen in Deutschland«. Dazu werden Auszüge aus den Filmen »Versöhnung über Grenzen – Kurzgeschichte und gelungene Integration« und »Rußlanddeutsche zwischen Zuversicht und Vorurteil« auf Großleinwand zu sehen sein. Zudem werden Bücher über die Auswanderung aus Deutschland an die Wolga, in die Ukraine (Schwarzmeergebiet, Krim und Wollhynien), Kaukasus, Sibirien sowie das deutsche kirchliche Leben im Russischen Zarenreich, Romane und Erzählungen der rußlanddeutschen Schriftsteller vorgestellt.

Der Eintritt ist frei! Alle interessierten Bürger und Bürgerinnen sind herzlich eingeladen! Über regen Besuch aller Einwohner, ob Altein-

geessene oder in den letzten Jahren Zugezogene, würden wir uns sehr freuen. Gegen 19 Uhr wird zu einem kleinen »rußlanddeutschen Imbiß« geladen. Danach ist der offizielle Teil der Veranstaltung beendet. Die Ausstellung wird bis zum 30. Juni 2009 im Kreishaus zu sehen sein.

IRINA HOLZMANN

Eine Veranstaltung der Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland e.V.; unterstützt vom Landkreis Barnim, der Diakoniewerk Barnim gGmbH (Migrationsfachdienst), dem Bund der Vertriebenen, LV Brandenburg e.V. (Migrationsfachdienst, dem Kontakt Eberswalde e.V. sowie dem Arbeitslosenservice Bernau; gefördert vom Bundesministerium des Innern, Berlin.

Wahlhelfer Helmut Schmidt

Manche fassen es aus hygienischen Gründen nicht einmal mit Gummihandschuhen an, andere lassen bei ihm denken, und wieder andere genieren sich nicht, dem Intelligenzblatt mit dem durchgeistigtem Namen »Bams« (»BILD am Sonntag«) ein Interview zu geben. Wer das tut, hat natürlich eine bestimmte Zielgruppe im Sinn, die, sagen wir es mal vorsichtig, mehrheitlich eher aus den schlicht gestrickten Leuten im Lande besteht. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit sprechen die Granden der sog Volksparteien vom »Urnenpöbel«. Vor allem, wenn der nicht so gewählt hat wie gewünscht.

Dem vorzubeugen, gab sich Altkanzler Schmidt unlängst einmal her und einmal hin und organisierte sich ein Gespräch im zentralen Sonntagsorgan des Springer-Verlags. Nun ist man von dem alten Herrn ja dies und das gewöhnt; erst kürzlich lehnten beide Kirchen ab, seinen Antrag auf Anerkennung als Messias zu bearbeiten. Unvergessen bleibt auch seine Äußerung, er sei die Reinkarnation der Genies Einstein, da Vinci und Napoleon im Dreierpack. Fest steht, der Mann kann seine Weisheiten nicht halten, sie müssen regelmäßig raus wie bei Blasenkranken das Wasser.

Das Leiden ist bekannt – auch der Clown des Köhlikabinetts, ein gewisser Blüm, oder der abgehalfterte sächsische Innenminister Eggert oder der Leibjournalist Honeckers, Genosse Schabowski, könne das Maul bzw. den Harn nicht halten, wenn irgendwo nur ein Mikro oder ein Dreigroschenjunge der SUPER-ILLU rumsteht.

Gottvater Helmut also hat der Nation eins gebamst. Der Vision verpflichtet, das Land und die weite Welt könne getrost ohne eine linke Kraft gedeihlich weiter existieren. Wer aber Visionen hat, gehört zum Irrenarzt. Spruch uns Helmut vor Jahresfrist. Aber das war mehr gegen abtrünnig denkende Parteiklownen gemeint und servierte, so ganz klammheimlich, auch Martin Luther King als Idioten ab. Denn der hatte einen Traum. Schmidts Alterseitelkeit, sein wachsender Starrsinn, sein Unfehlbarkeitsdünkel und selbst seine ins Lächerliche kippende Arroganz kann jeder, der mit einem sturen Opa Umgang hat, hinnehmen, sogar mit einem gewissen Verständnis.

Nun aber hat Lokis Mann per »Bams« wissen lassen, daß er einen Schlaganfall bekommen hat. Plötzlich und unerwartet schlug er zu – und zwar unter die Gürtellinie; sein Opfer war

der ehemalige Ministerpräsident, SPD-Vorsitzende und SPD-Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine, der der sein Amt als Bundesfinanzminister hinschmiß, weil er die Hofknickse seiner Partei vor dem Kapital nicht mitmachen wollte. Er wich also von der Parteilinie ab, indem er auf ihr blieb.

Was Schmidt-Schnauze, Duzfreund des Pinochet-Freundes Kissinger, arg verärgerte. Die Parteiführung hat immer recht, wer geht, ist ein Verräter. Man kennt das.

Nun ist Wahlfang in Deutschland, und die rüden roten Rotten wetzen die Messer und sind drauf und dran, den Arbeitslosen ihre Villen im Tessin weg – und Bankboß Ackermann hopp zu nehmen. Da müssen Exorzisten her. Eine Nationale Front der Teufelsaustreiber ist im Entstehen. Ein rechter Wadenbeißer aus dem Hause Bismarck schreibt Tausende Briefe an alle, an alle, an alle, in denen er geifernd vor den linken Kannibalen warnt und um ein Abo für die Extrempostille »Junge Freiheit« bettelt; die Nazis reihen sich zähnefletschend ein; Gockel Guido warnt vor der »Räterepublik Deutschland«; für die CSU ist die Linke eine Herde von Heiden; die Kanzlerin überläßt bisher ihren Landesregenten das Hauen und Stechen wider die linke Brut, wobei sich Blockfreund Althaus, Träger der »Medaille für ausgezeichnete Pionierarbeit«, besonders hervortut. Freundschaft!

Und Schmidt? Der vergleicht Lafontaine mit Hitler, er will ja nicht »außen vor« bleiben, wenn es um Deutschland geht. Ein schönes Exempel für die »inhaltliche Auseinandersetzung mit der Linkspartei«, die die SPD zu führen gedenkt. Bisher besteht diese »Auseinandersetzung« allerdings nur aus Beschimpfungen. Zum Populismusvorwurf und dem Vorwurf der Demagogie gesellt sich nun der unanständige »Adolf Nazi«-Vergleich. Meine Güte, ist die Furcht vor den linken Schmuttel-Kindern denn wirklich so groß, sind die Sachargumente der Steinmeiers und Müntes wirklich so dürrig und dünn gesät, daß sie mit Dreck schmeißen müssen? Der Stecken, von dem sie ihn abkratzen, ist offenbar noch gut bevorratet.

Von der Gelassenheit und Souveränität der Linken zeugt übrigens, daß Schmidts Vergleich nicht mit einem Gegenvergleich gekontert wurde. Denn der würde hinken, wie der Reichspropagandaminister

Dr. STEFFEN PELTSCH

»Stärken vor Ort«

Fortsetzung bis 2011 geplant

Viele werden sich noch an das »Lokale Kapital für soziale Zwecke« in Eberswalde erinnern. Zwischen Ende 2003 und Mitte 2008 liefen zahlreiche Mikroprojekte unter diesem Namen. Etliche davon haben bis heute eine nachhaltige Wirkung.

Das Warten auf das Nachfolgeprogramm hat länger gedauert, als wir anfangs geglaubt hatten. Nun wurde aber endlich am 7. Mai der Start offiziell verkündet. Im Bürgerzentrum waren alle Stühle mit Interessenten besetzt. Frau Sprengel, Edmund Lenke und Kerstin Ladewig von der Stadtverwaltung und Peter Weber als externer Projektberater stellten als Lokale Koordinierungsgruppe die Rahmenbedingungen für eine Teilnahme und die neuen lokalen Ziele vor. Es gibt zum Vorgängerprogramm einige Veränderungen: Adressaten der Mikroprojekte sind nun Jugendliche und Frauen. Das Projektgebiet ist neben dem Brandenburgischen Viertel um den Stadtteil Mitte erweitert worden. Bei der Auswahl der Projekte sollen vor allem kleinere Träger (Einzelpersonen, Bürgerinitiativen und lokale Vereine) berücksichtigt werden.

Für den verbleibenden Zeitraum vom Juni bis zum Dezember 2009 können wieder Projektmittel bis zu einer Höhe von 10.000 Euro beantragt werden. Wie schon beim Vorgängerprogramm ist die Stadt Eberswalde der kommunale Antragsteller. In sehr kurzer Zeit mußte in nur vier Wochen über den Jahreswechsel ein detaillierter Lokaler Aktionsplan aufgestellt werden. Bundesweit gab es 424 Anträge von Städten und Landkreisen, von denen nur 264 positiv beschieden wurden. Auf den Zuschlag konnten die 4 Mitglieder der Lokalen Koordinierung deshalb zu Recht stolz sein.

Der Weg zur Programmumsetzung wird wieder genauso sein wie früher: Der notwendige Begleitausschuß wird sich am 5. Juni konstituieren. Anträge werden in Zusammenarbeit mit Herrn Weber erstellt. Er berät die zukünftigen Projektträger hinsichtlich der Inhalte und der Kostenaufstellung. Dann wandern die Anträge in den Begleitausschuß zur Abstimmung. Alle, die nicht an der Auftaktveranstaltung teilgenommen haben und Interesse an einer Programmteilnahme haben, können sich jederzeit zwecks weiterer Informationen direkt an Herrn Weber wenden Mail: wei-bo@web.de oder telefonisch: 03301-531636.

Die Stadt beabsichtigt »Stärken vor Ort« bis zum Jahre 2011 fortzusetzen. An dieser Stelle möchten wir auch auf die Geldgeber verweisen, die trotz Finanzkrise die finanziellen Mittel bereitstellen: Die Europäische Union / Europäischer Sozialfonds für Deutschland und das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Die Kofinanzierung (Eigenanteil) erfolgt durch die Stadt Eberswalde.

CORNELIA SPRENGEL, Quartiersmanagerin

Zehn Jahre Virtuelle Allgemeinbibliothek im Internet

Die »Virtuelle Allgemeinbibliothek«, kurz VAB, ist eine kommentierte Linksammlung, die Ingrid Strauch im August 1999 begonnen hat. Gesammelt werden Links zu Internetangeboten (Texte, Datenbanken und Verzeichnisse), bei denen sie von einer längerfristigen Nachfrage ausgeht. Die aktuell 5.000 Links werden mit einer kurzen Zusammenfassung versehen, in eine Systematik eingebaut und sind auch per Autoren-, Institutionen- und Schlagwortregister erschlossen. Die Zielgruppe der VAB sind alle Menschen, insbesondere Studierende, Schüler und bildungsinteressierte Erwachsene. Adresse: <http://www.virtuelleallgemeinbibliothek.de>.

KARL DIETZ

Den großen Finower Wasserturm kennen viele in unserer Region. Aber den kleinen? Er steht auf dem Gelände des Bahnhofes Finow der früheren Eberswalde-Finowfurter Eisenbahn. Obwohl der Betrieb auf der ehemaligen Kleinbahnstrecke 1996 endgültig eingestellt wurde, sind ihre Spuren im Stadtbild von Eberswalde als auch in der Gemeinde Schorfheide noch reichlich zu finden. So sind die Bahnhöfe Finow und Finowfurt heute in Privatbesitz und gut erhalten. Weniger gut steht es um das Empfangsgebäude in Eberswalde-West, das offenbar dem Verfall preisgegeben ist. Der Abrißbirne zum Opfer war bereits 2002 das kleine denkmalgeschützte Fachwerkgebäude der Station Eisenspalterei gefallen.

Ältere Eberswalder, Finower und Finowfurter haben die Kleinbahn noch heute in sehr lebhafter Erinnerung. Das ist kein Wunder: Blättert man in den Akten des Kreisarchives, läßt sich sehr gut der unmittelbare Zusammenhang zwischen Entwicklung von Bahn und Stadt erkennen. Der erste Teil von Westend entstand erst in der Folge des Kleinbahnbaus, auch die Ansiedlung von Ardel, dem späteren Kranbau, wäre ohne die Bahn an dieser Stelle wohl nicht erfolgt. Schließlich förderte vor allem die Kleinbahn das Zusammenwachsen der einst selbstständigen Orte und Gutsbezirke.

Vom »Schienenzepf« erzählt der Finower Harry Schreihage noch heute begeistert: Auf der Kleinbahn fuhren bis in die 50er Jahre für die damaligen Verhältnisse noch recht moderne Triebwagen der Bauart Wismar. Ihr Kommen kündigten sie schon von weitem mit

Schienenzepf und fettige Gleise



Perfektion im Detail: Das Modell des Finower Kleinbahn-Wasserturms vor der Kulisse seines Vorbildes. Die Eisenbahnfreunde erreichten damit bei einem Modellbauwettbewerb einen dritten Platz und machten den Wasserturm so deutschlandweit bekannt.

ihrem sonorigen Brummen an. Gerd Harder aus Eberswalde erinnert sich dagegen noch an seine Lausbubenstreichche an der Strecke zwischen Boldtstraße und Heegermühler Straße. Dort, wo die Strecke in Richtung Kleinbahnhof stark ansteigt, machten er und andere Eberswalder Buben sich einen Spaß daraus, die Schienen einzufetten. Aus den Büschen schauten sie dann verschmitzt den gewaltig schimpfenden Lokführern zu. Auf den schmierigen Gleisen schleuderten die Räder der Dampflok. Dem Personal blieb nichts anderes übrig, als mit der ganze Fuhre wieder rückwärts hinabzurollen, um es mit Anlauf noch einmal zu versuchen.

Die Geschichte der Eberswalde-Finowfurter Eisenbahn steckt voller eigener kleiner Geschichten. Einen Teil davon machen die Oberbarnimer Eisenbahnfreunde wieder erlebbar. Der Verein für Eberswalder Verkehrsgeschichte hat zum 100. Geburtstag der Kleinbahn Eberswalde-Schöpfung, die am 16. Oktober 1907 mit Sonderzug und Prominenz eröffnet wurde, eine neue Dokumentation zur Geschichte der Bahn zusammengetragen. Dazu gehört natürlich auch die nach dem Vorbild der 1950er bis 1960er Jahre im Maßstab 1:87 nachgebaute Strecke der Kleinbahn.

VEIKO KUNKIS

Ich war vier oder fünf. Die Familie machte sich auf eine große Reise. Das kam damals nicht so oft vor. Zumindest kann ich mich an keine frühere Reise erinnern. Wahrscheinlich waren wir nur ein paar Tage unterwegs, vielleicht gar nur ein Wochenende.

Ein Besuch bei den Schwiegereltern meiner großen Schwester. Silberhochzeit, ein runder Geburtstag oder sowas ähnliches stand an. Mein Vater hatte sich extra von irgendjemandem ein Motorrad ausgeliehen. Ein Motorrad mit Beiwagen. Ein eigenes Beiwagengespann, eine tschechische BK mit einem 350-Kubik-Zweizylindermotor, kaufte der Vater erst ein Jahr später. Das erstmal in einem Motorradbeiwagen und dann gleich auf so eine weite Fahrt. Bis ins ferne Löbau im Oberlausitzer Bergland. Runde 170 Kilometer von zu Hause weg. Der Vater am Lenker, die Mutter auf dem Sozius, im Beiwagen mein vier Jahre älterer Bruder und ich. Als wär es gestern gewesen, sehe ich in meiner Erinnerung das unter mir vorbeirasende Kleinkopfpflaster. Kurvenfahrt auf einer Serpentinstraße, wohl kurz vor dem Ziel. Wir Jungs im Beiwagen legen uns wie der Vater am Lenker in jede Kurve.

Laut und herzlich werden wir empfangen. Es gibt den bei Familienfeiern üblichen Kuchen. Und danach einen Spaziergang auf den Löbauer Berg, an dessen Fuß das Haus unserer Gast-

Der Mond hat keine Ohren

Das Mondgesicht über dem Löbauer Berg

geber steht. Von daheim kannte ich nur flaches Land. Wellige Geländeerhebungen mit fünf Meter Höhenunterschied auf 300 Meter gelten schon als Berg. Da ist der Löbauer Berg schon etwas, was einen kleinen Jungen begeistern kann. Auf dem Rückweg beginnt es schon zu dämmern, so daß ich bald nach der Rückkehr im Bett liege. Durch das Fenster kann ich den Löbauer Berg sehen. Über dem Berg erstrahlt der Vollmond. Mit einem seltsam märchenhaften Licht. Ein intensives dunkles Gelb mit einem kleinen Stich ins Orangene. Und ganz deutlich sehe ich das Mondgesicht. Die Augen, die Nase, der Mund. Das Mondgesicht lächelt mir zu.

Dieses Bild prägte sich ganz tief ein. Bei jeder Erwähnung der Stadt Löbau sehe ich den Löbauer Berg und das darüber leuchtende Mondgesicht vor mir. Später sortierte ich diese Erinnerung in das Schubfach frühkindliche Fantasie. Ich war mir sicher, alles nur geträumt zu haben. Mit vier oder fünf bringt man ja Träume und Wirklichkeit leicht durcheinander. Meint man zumindest als Erwachsener.

Fast 40 Jahre später sitze ich auf meinem Balkon in Eberswalde. Sommerwetter, Ende

August. Kurz vor Neun verwandelt sich die Dämmerung schon fast in Dunkelheit. Über dem Dach des gegenüberliegenden Wohnblocks leuchtet plötzlich ein seltsam märchenhaftes Licht. Ein intensives dunkles Gelb mit einem kleinen Stich ins Orangene. Der Vollmond geht auf. Kaum zwei Minuten vergehen und Frau Luna erstrahlt in voller Rundung. Ein leichter Wolkenschleier hüllt die Mondscheibe ein. Und plötzlich sehe ich es – das Mondgesicht. Es ist kein Traum. Der leichte Dunst läßt die Schatten der Mondmeere aussehen wie Augen, Nase und Mund. Und das Mondgesicht scheint zu lächeln. Ich rufe meinen fünfjährigen Sohn, der trotz des späten Abends noch lange nicht schlafen will. »Da«, meine Hand zeigt in Richtung Mond, »siehst Du das Mondgesicht? Die Augen, die Nase, den Mund?« Der Junge blickt ungläubig in den Nachthimmel. »Mondgesicht?« Und endlich: »Ja, da sind die Augen, die Nase und der Mund.« Hat er das Mondgesicht wirklich gesehen? Oder wollte er mir nur zu gefallen sein? Dann die ernüchternde Feststellung: »Aber Ohren hat der Mond nicht.«

PAUL GRENZMANN

Erster Eberswalder Freiwilligentag am 20. Juni:

»25 Gelegenheiten, Gutes zu tun«

Am 20. Juni findet unter Schirmherrschaft des Bürgermeisters zum ersten Mal ein Freiwilligentag in Eberswalde statt. An einem Freiwilligentag engagieren sich viele Menschen in einer Stadt gleichzeitig einen Tag lang ehrenamtlich in unterschiedlichen gemeinnützigen Projekten. Vereine können an diesem Tag auf viele helfende Hände zählen und gleichzeitig interessierten Bürgerinnen und Bürgern ihr Anliegen nahe bringen.

Dazu wurden gemeinsam mit gemeinnützigen Einrichtungen, Vereinen und Organisationen der Stadt Eberswalde 25 Mitmach-Angebote vorbereitet. Aus einem Katalog an Einsatzmöglichkeiten können Interessierte wählen, wo sie am 20. Juni reinschnuppern und mithelfen möchten – ohne weitere Verpflichtung! Auch Firmen wird die Gelegenheit geboten, mit ihrem Team einen Tag für die Stadt zu spenden, gemeinsam

auf einem ganz anderen als dem gewohnten Arbeitsgebiet tätig zu werden und Gutes zu tun. Gleiches gilt auch für andere Gruppen z.B. Schulklassen, Sportgruppen o.ä.

Die ganze Stadt wird unter dem Motto »Freiwillig in Eberswalde« belebt. Nach getaner Arbeit gibt es für alle Beteiligten eine Dankeschön-Party mit Livemusik, gutem Essen und den Fotos des Tages im neuen Restaurant »Gustav« am Markt. Weitere Informationen erhalten Sie ab sofort unter: www.freiwillig-in-eberswalde.de

KATJA SCHMIDT

Freiwilligenagentur Eberswalde c/o Bürgerstiftung Barnim Uckermark, Eisenbahnstr. 3, 16225 Eberswalde
Telefon: 03334/ 2594959, Mobil: 01522/ 8554190
Email: schmidt@barnim-uckermark-stiftung.de

Freiwilligentag

in Eberswalde

Veranstaltungen der Buchhandlung Mahler

Maximilian Rathke liest »Zeichen & Risse« am Freitag, 29. Mai, 19 Uhr, Brasserie am Stein.
Lesung mit 3-Gänge Menü, Dr. Elisabeth m. Kloosterhuis »Soldatenkönigs Tafelfreuden«
am Freitag, 12. Juni im Hotel Palmenhof.

Weitere Infos unter Tel.: 03334/239231

Buchtip:

Deutsche Südosteuropapläne 1840 bis 1945

Die Donau, schrieb der Nationalökonom Friedrich List 1834 im bald einflussreichen Rotteck-Welckerschen Staatslexikon, sei die »natürliche Straße« von Zentraleuropa in Richtung Schwarzes Meer. Damit sei sie für die deutschen Fürstentümer »die nächste und beste Handelsstraße nach dem westlichen Asien und nach Indien«. Lists Konzept für eine deutsche Südostexpansion ging über die bloße Sicherung der Handelsrouten hinaus. Deutsche Bergbaugesellschaften, schlug er vor, sollten in Südosteuropa die »großen Mineralreichtümer« der dortigen Länder ausbeuten. Deutsche Handelskompanien sollten »große Strecken Landes« kaufen und sie landwirtschaftlich nutzen. Jede wirklich bedeutende Nation, auch die deutsche, habe das Recht auf ein »ausgedehntes und wohlarrondiertes Territorium«, schrieb List und sah als koloniales Einflußgebiet der deutschen Fürstentümer »die Länder an der unteren Donau und am Schwarzen Meer« vor. Der Ökonom erwähnte explizit, es gehe natürlich auch darum, »den deutschen Manufakturprodukten in jenen Ländern neue Märkte zu eröffnen«. »Der ganze Südosten ist unser Hinterland«, so List.

Wie Klaus Thörner in seiner Arbeit über die deutschen Südosteuropapläne der Jahre von 1840 bis 1945 zeigt, hat Friedrich List mit seinem Konzept bereits den Kern der späteren deutschen Südostexpansion beschrieben. »Süd-

osteuropa sollte als ein auf niedriger Entwicklungsstufe gehaltenes Wirtschaftsgebiet zum deutschen Rohstoff- und Agrarproduktelieferanten und zum Absatzmarkt deutscher Industriegüter werden«, faßt Thörner die deutschen Konzeptionen zusammen: »Darüber hinaus waren die Verkehrsverbindungen über Jugoslawien, Rumänien und Bulgarien als wichtige, gegenüber den Seemächten 'blockadesichere' deutsche Handelswege in den Nahen Osten vorgesehen.« Die günstigen Landverbindungen entlang der Donau galten dabei stets als Vorteil für die deutschen Fürstentümer und später für das Deutsche Reich.

Thörner belegt diesen Kern der deutschen Südostexpansion für deren verschiedene Entwicklungsphasen: Für die List'schen Pläne ebenso wie für die Debatten der Paulskirche, für die Bismarck'sche Politik und den Berliner Kongreß, für die aggressivere Expansion des späteren Kaiserreichs, für dessen Kriegsziele sowie für Friedrich Naumanns »Mitteleuropa«-Konzept. Thörner entfaltet die Transformation der Pläne zur Lehre von der »Großraumwirtschaft«, in der Südosteuropa die Rolle eines kolonialen »Ergänzungsraumes« zugeschrieben wurde, und ihre Umsetzung durch NS-Deutschland. In der Bundesrepublik führten die alten Konzepte ihre Existenz weiter fort. »Wesentliche Institutionen der deutschen Südosteuropaforschung«, schreibt Thörner exem-

Eisenbahnromantik

Auf den Spuren der Kleinbahn Zehden

Unsere Wanderung am Pfingstsonnabend (30. Mai) führt uns vorbei an einigen ehemaligen Bahnhöfen der Kleinbahnstrecke Bad Freienwalde-Zehden. Vom Bahnhof Hohenwutzen gehen wir entlang dem ehemaligen Bahndamm nach Altgietzen zum dortigen Bahnhof. Entlang der Oderbruchkante geht es zurück. Wandergeschwindigkeit 3 km/h. Ca. 2,5 Stunden. Wanderleiter Joachim Rau. Treff: 30.5., 13.30 Uhr, Hotel »Zur Fährbühne«, Fährweg 17, 16259 Hohenwutzen. Organisationsgebühr: Erwachsene 2 Euro, Kinder 1 Euro, NaturFreunde 0,50 Euro.

BERND MÜLLER, NaturFreunde Deutschlands, Regionalgruppe Oberbarnim-Oderland e.V.

Wanderung zum Herthafließ

Zu einer schönen Sommerwanderung vorbei an den Fischteichen bis zum Möllergrab in Eberswalde schöner Umgebung laden die NaturFreunde am 7. Juni, 13.30 Uhr ein. Treffpunkt ist der Eingang des Zoologischen Gartens Eberswalde, Am Wasserfall 1. Die Wanderung unter Leitung von Hans-Jürgen Müller hat eine Länge von ca. 6 km und dauert 2½ bis 3 Stunden. Organisationsgebühr: Erw.2 Euro, Kinder 1 Euro, NaturFreunde 0,50 Euro.

BERND MÜLLER

plarisch, »blieben erhalten oder wurden wiedereröffnet. In ihnen setzten führende wissenschaftliche Südosteuropaexperten des Nationalsozialismus ihre Karriere und ihre Planungen fort.«

Die deutsche Hegemonie über Südosteuropa ist heute weitgehend verwirklicht, nicht zuletzt übrigens auf ökonomischem Gebiet und mit Hilfe der EU, in die die Staaten Südosteuropas sukzessive einbezogen wurden oder künftig werden. Ein solcher Zusammenschluß, vorwiegend ökonomisch orientiert, »unter äußerlicher Gleichberechtigung seiner Mitglieder, aber tatsächlich unter deutscher Führung, muß die wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands über Mitteleuropa stabilisieren«, hatte einst ein Visionär geschrieben. Sein Name lautete Theobald von Bethmann Hollweg, er hatte die Vision über die ökonomische Unterordnung Ost- und Südosteuropas unter faktische deutsche Führung, die Thörner am Schluß seines überzeugenden Werkes zitiert, während seiner Amtszeit als Reichskanzler verfaßt: In seiner Denkschrift über die deutschen Kriegsziele vom September 1914.

www.german-foreign-policy.com

Klaus Thörner:

»Der ganze Südosten ist unser Hinterland«
Deutsche Südosteuropapläne von 1840 bis 1945
Freiburg 2008 (ça ira Verlag), 580 Seiten, 38 Euro
ISBN: 978-3-924627-84-3

Gospelzeit in Eberswalde mit Adrienne Morgan-Hammond

Es ist Gospelzeit in Eberswalde. Die sympathische und humorvolle farbige Gospelsängerin Adrienne Morgan Hammond, ist wieder in unserer Stadt. Seit mehr als 10 Jahren begeistert sie stets in ihren Chorworkshops viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die innerhalb eines Wochenendes zu einem Workshopchor zusammenwachsen, in dem auch einige Sänger und Sängerinnen solistisch tätig werden. Goldwert ist der Spaß, sich mit Profis und begeisterten Laien, miteinander in die Gospelmusik zu begeben. Ein Fest für Körper und Geist.

In bewährter Weise wird sie von ihrem Partner Marco Diefenbach am Piano begleitet. Am Freitag, den 12. Juni um 18 Uhr treffen sich dazu die Workshopteilnehmer im Evangelischen Gemeindehaus in der Eisenbahnstr. 84

und haben auch am Sonnabend einen fröhlichen Probenstag mit viel Spaß und viel Gesang vor sich. Am Sonntag treffen wir uns zu weiteren Probenzeiten, einem Auftritt im Gottesdienst in der Eberswalder Maria-Magdalenen-Kirche um 10.15 Uhr und zum Konzert am Nachmittag wieder in der Maria-Magdalenen-

Gospelworkshop in Eberswalde

Freitag, 12. Juni, Eisenbahnstr. 84
18 – 21 Uhr Probenzeit
Samstag, 13. Juni, Eisenbahnstraße 84
10 – 19 Probenzeit
Sonntag, 14. Juni, Maria-Magdalenen-Kirche
10.15 Uhr Singen im Gottesdienst
ca. 14 -16 Uhr Probe
17.00 Uhr Singen im Gospelkonzert
Piano: Marco Diefenbach

Kirche in der Kirchstrasse unweit vom Markt. Jeder, der am Singen Freude hat, ist herzlich eingeladen. Der Unkostenbeitrag beträgt für Normalverdiener 35 Euro, erm. 20 Euro und für Schüler 15 Euro. Weitere Informationen sind abrufbar unter www.gospel-eberswalde.com. Anmeldungen sind unter Tel: 03334/24522 ab sofort möglich.

Zum Gospelkonzert am Sonntag, den 14. Juni in der Maria-Magdalenen-Kirche Eberswalde, Kirchstr. sind dann auch alle die eingeladen, die lieber nur zuhören wollen. Karten zu 7 Euro, erm. 5 Euro gibt es in den Büro der Evangelischen Stadtkirchengemeinde in der Eisenbahnstr. 84 (Tel: 03334/205959) und an der Abendkasse.

HANNS-PETER GIERING

Freie Oberschule Finow e.V.

Biesenthaler Straße 14/15
16227 Eberswalde

www.freie-oberschule-finow.de

Jeden Dienstag 16 - 18 Uhr: Schulcafé mit Informationen, Gesprächen, Besichtigungen und Anmeldungen für die 7. Klasse des neuen Schuljahres 2009/2010, das am 31. August beginnt.

Campact – Demokratie in Aktion

Die Idee von Campact steckt schon im Namen: Campaign und Action. Campact organisiert Kampagnen, bei denen Menschen sich via Internet in aktuelle politische Entscheidungen einmischen, per E-Mail, Fax oder dem Griff zum Telefonhörer. Verknüpft über den Campact-Newsletter ist in den letzten drei Jahren ein Netzwerk von derzeit 84.974 Menschen entstanden. Wir setzen die Vielzahl unserer Stimmen gut organisierten Lobbyinteressen entgegen. Werden Sie Teil des Netzwerks!

(www.campact.de)

Unterschriftenliste

Bernau (bm). Die Forderungen nach einem barrierefreien Zugang, sprich Aufzug, zum Fernbahnsteig auf dem Bernauer Bahnhof reißen nicht ab. Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, hat der Behindertenbeirat der Stadt Bernau b. Berlin eine Initiative gestartet und sammelt Unterschriften für den Bau eines Aufzuges. Auch im Wahlkreisbüro der Bundestagsabgeordneten Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE), Berliner Str. 17 in Bernau liegen diese Listen aus. Bürgerinnen und Bürger werden aufgerufen, sich an dieser Unterschriftensammlung zu beteiligen. Möglich ist dies wochentags (außer Mittwoch) in der Zeit von 9 bis 17 Uhr. Weitere Auskünfte unter 03338-459543.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO – 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

2. Unterschrift Abonnent/in

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

impressum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

telex: (0 18 05) 22 10 40 973

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/>

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: Aubrun, Kunkis, Markmann, Mierau, Richter, Wacker

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 35 39 18

redaktionsschluß: 21. Mai 2009

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 13.6.2009, 12 Uhr.